Die rechtlichen Grundlagen der Bundesstatistik

Erläuterungen

BFS OFS UST

Bundesamt für Statistik
Office fédéral de la statistique
Ufficio federale di statistica
Uffizi federal da statistica

Bern, 1995

Statistik der Schweiz

Die vom Bundesamt für Statistik (BFS) herausgegebene Reihe «Statistik der Schweiz» gliedert sich in folgende Fachbereiche:

0 Bereichsübergreifende Themen
1 Bevölkerung
2 Raum, Landschaft und Umwelt
3 Erwerbsleben
4 Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen
5 Preise
6 Produktion, Handel und Verbrauch
7 Land- und Forstwirtschaft
8 Energie
9 Bau- und Wohnungswesen
10 Tourismus
11 Verkehr und Nachrichtenwesen
12 Geldmenge, Finanzmärkte und Banken
13 Soziale Sicherheit und Versicherungen
14 Gesundheit
15 Bildung und Wissenschaft
16 Kultur, Lebensbedingungen und Sport
17 Politik
18 Öffentliche Finanzen
19 Rechtspflege

Statistique de la Suisse

La série «Statistique de la Suisse» publiée par l'Office fédéral de la statistique (OFS) couvre les domaines suivants:

0 Thèmes généraux
1 Population
2 Espace, paysage et environnement
3 Emploi et vie active
4 Comptes nationaux
5 Prix
6 Production, commerce et consommation
7 Agriculture et sylviculture
8 Energie
9 Construction et logement
10 Tourisme
11 Transports et communications
12 Masse monétaire, marchés financiers et banques
13 Sécurité sociale et assurances
14 Santé
15 Education et science
16 Culture, conditions de vie et sport
17 Politique
18 Finances publiques
19 Droit et justice

Die rechtlichen Grundlagen der Bundesstatistik

Erläuterungen

BFS OFS UST

Bundesamt für Statistik
Office fédéral de la statistique
Ufficio federale di statistica
Uffizi federal da statistica

28354

Bern, 1995

Herausgeber: Bundesamt für Statistik (BFS)
Auskunft: Eva Desarzens-Wunderlin, BFS, Tel. 031 323 60 04
Bearbeitung: Brigitte Aepli
Vertrieb: Bundesamt für Statistik
CH-3003 Bern
Tel. 031 323 60 60
Bestellnummer: 157-0
Preis: Fr. 7.–
Reihe: Statistik der Schweiz
Fachbereich: 0 Bereichsübergreifende Themen
Originaltext: Deutsch und Französisch
Übersetzung: Übersetzungsdienst BFS
Grafik/Layout: BFS
Copyright: BFS, Bern 1995
Abdruck – ausser für kommerzielle Nutzung –
unter Angabe der Quelle gestattet.
ISBN: 3-303-00119-7

Inhaltsverzeichnis

Vorwort 5

Begriffe 7

1 Statistik - eine Information über und für die Gesellschaft 11
1.1 Statistik als unentbehrliche Informationsaufgabe in unserer Zeit 11
1.2 Entstehung und Entwicklung der Bundesstatistik 13
1.3 Das statistische System der Schweiz nach Inkrafttreten des Bundesstatistikgesetzes 15
1.4 Eine europafähige statistische Informationspolitik 17

2 Das Bundesstatistikgesetz 20
2.1 Grundzüge 20
2.2 Die Artikel des Gesetzes im einzelnen 21

3 Die Ausführungsverordnungen 47
3.1 Grundzüge 47
3.2 Die Artikel der Ausführungsverordnungen im einzelnen..... 50
3.2.1 Verordnung über die Organisation der Bundesstatistik 50
3.2.2 Verordnung über die Durchführung von statistischen Erhebungen des Bundes 62
3.2.3 Verordnung über die Gebühren für statistische Dienstleistungen von Verwaltungseinheiten des Bundes 68
3.2.4 Verordnung über das Betriebs- und Unternehmensregister ... 74

Vorwort

Die Schweiz verfügt seit 1992 über eine moderne Gesetzgebung im Bereich Statistik. Die neuen rechtlichen Grundlagen ersetzen die alten Gesetzestexte, die noch aus der Mitte des letzten Jahrhunderts stammten.

Angesichts der tiefgreifenden Umwälzungen in unserer Gesellschaft in neuerer Zeit war eine Totalrevision der Grundlagen, auf welchen die statistischen Tätigkeiten eines modernen Staates basieren, unabdingbar geworden. Erfüllt doch die amtliche Statistik heute eine Informationsfunktion und damit einen wesentlichen Beitrag zum Erhalt unserer demokratischen Struktur.

Ein Gesetzestext wie das neue Bundesstatistikgesetz von 1992 ist gewissermassen der formelle Ausdruck des Gesamtkonzepts der statistischen Tätigkeiten des Bundes. Gesetz und Verordnungen sind daher besser verständlich und leichter interpretierbar, wenn man das konzeptionelle Gerüst der Statistik kennt, so wie sie heute verstanden wird.

Dies ist der Zweck der vorliegenden Broschüre. Wir haben die vielen Dokumente gesichtet und zusammengefasst, die während der Vorarbeiten zum entsprechenden Gesetzesentwurf entstanden sind - vor allem auch die Begleitbotschaft - und wir möchten sie dem Leser in leicht verständlicher Form zugänglich machen.

Wir hoffen, damit eine Lücke zu schliessen und all jenen zu dienen, die sich einen Gesamtüberblick über die «neue Statistik» wünschen, einem Gebiet, das uns alle in irgendeiner Form täglich berührt.

Bundesamt für Statistik
Der Direktor



Dr. Carlo Malaguerra

Begriffe

Amtliche Statistik der Schweiz

Von den Statistikproduzenten des Bundes und den regionalen Statistikstellen realisierte statistische Arbeiten.

Bearbeiten von Daten

Jeder Umgang mit Daten, unabhängig von den angewandten Mitteln und Verfahren, insbesondere das Beschaffen, Aufbewahren, Verwenden, Umarbeiten, Archivieren oder Vernichten von Daten.

Bundesstatistik

Von den Statistikproduzenten des Bundes realisierte statistische Arbeiten.

BUR

Betriebs- und Unternehmensregister: das BUR wurde im Anschluss an die BZ 1975 aufgebaut und enthält Namen, Adressen und einige wichtige Grundmerkmale wie Wirtschaftsart (Branche), Rechtsform und Beschäftigtenzahl aller Unternehmen und Betriebe des privaten und öffentlichen Rechts, die in der Schweiz domiziliert sind.

Datenschutz und Datensicherheit

Datenschutz meint alle technischen und organisatorischen Massnahmen, die dem Schutz der Persönlichkeit dienen, während Datensicherheit den Schutz der Information zum Ziel hat, d.h. die Gewährleistung ihrer Vertraulichkeit und Unversehrbarkeit.

Einzeldaten

Angaben über einzelne der folgenden in der Statistik verwendeten Einheiten: natürliche Personen, private Haushalte, Familien, Kollektivhaushalte; Betriebe, Arbeitsstätten, Unternehmen; Parzellen, Wohnungen, Gebäude; Objekte, Verwaltungshandlungen, Gerichtsurteile, Ereignisse, Aktivitäten, Bewegungen; Messpunkte. Angaben über räumliche Einheiten wie Gemeinden, Kantone oder Hektaren sind dann Einzeldaten, wenn nur ein beobachteter Fall innerhalb der räumlichen Einheit vorkommt.

Wenn in den vorliegenden statistischen Rechtsgrundlagen von Daten die Rede ist, sind immer Einzeldaten gemeint.

Erhebungen

Datenbeschaffung, die eine Auskunftserteilung erfordert. Man unterscheidet zwischen Direkt- und Indirekterhebungen.

Direkterhebungen: die Befragten, primär die privaten Haushalte sowie die privaten und öffentlichen Unternehmen und Betriebe, erteilen einzelne Auskünfte, in der Regel über sich selbst.

Indirekterhebungen: der Bund greift auf bestehende, aber ausserhalb des Bundes geführte Datensammlungen zu, aus denen er ganze Datensätze über eine Vielzahl von Einheiten für ausschliesslich statistische Zwecke benötigt. Diese Form von Erhebung zielt vor allem auf die Datenbestände in Kantonen und Gemeinden über Personen, Unternehmen, Objekte u. dgl., die mehr und mehr auf Informatikträger aufgenommen werden.

Erhebungsstellen des Bundes

Verwaltungseinheiten oder weitere dem Gesetz gemäss Artikel 2 Absatz 3 unterstellte Körperschaften, Anstalten oder Private, die für Erhebungen gemäss Artikel 5 dieses Gesetzes verantwortlich sind. Wo von «Erhebungsstellen» (ohne den Zusatz «des Bundes») die Rede ist, sind die an Erhebungen mitwirkenden Stellen ausserhalb des Bundes mit eingeschlossen.

Intermediäre Erhebungsstellen

Kantone und Gemeinden können verpflichtet werden, bei Erhebungen mitzuwirken, indem sie als Zwischenglieder oder intermediäre Erhebungsstellen eingeschaltet werden. In dieser Funktion können sie bei einer oder mehreren der folgenden Phasen der Durchführung einer Erhebung mitwirken:

- Bestimmung der Befragten und ihrer Adressen aus eigenen Registern;
- Zustellung der Erhebungsunterlagen an die Befragten;
- Rücklauf der Erhebungsunterlagen inkl. Mahnungen;
- Prüfung der Antworten auf Vollständigkeit und Plausiblität (inkl. Rückfragen).

Personendaten

Angaben, die sich auf eine bestimmte oder bestimmbare natürliche oder juristische Person beziehen.

Regionale Statistikstellen

Statistische Ämter von Kantonen und Städten sowie speziell bezeichnete Verbindungsstellen in jenen Kantonen, die über kein statistisches Amt verfügen.

Statistische Arbeiten

Als statistische Arbeiten gelten die Tätigkeiten, die zur Erfüllung der Aufgaben der Bundesstatistik nach Artikel 3 des Bundesstatistikgesetzes dienen. Sie sind unter Artikel 3 Absatz 2 der Verordnung über die Organisation aufgelistet.

Statistische Ergebnisse

Resultat einer Verdichtung von Einzeldaten.

Statistikproduzenten des Bundes

Verwaltungseinheiten des Bundes und weitere, dem Bundesstatistikgesetz nach Artikel 2 Absatz 3 unterstellte Körperschaften, Anstalten oder Private, die statistische Arbeiten mit Daten aus Erhebungen oder Verwaltungsquellen durchführen und die Ergebnisse anderen zugänglich machen. Die Statistikproduzenten des Bundes sind abschliessend in Artikel 3 Absatz 1 der Verordnung über die Organisation genannt.

Statistikstellen des Bundes

Organisationseinheiten, die ausschliesslich statistische Arbeiten, gegebenenfalls kombiniert mit Forschung und Planung, durchführen. Für alle Statistikproduzenten des Bundes gilt nach Artikel 11 Absatz 2 des Bundesstatistikgesetzes, dass entweder sie selber oder eine (im Ausnahmefall mehrere) ihnen ausgliederte organisatorische Untereinheit ausschliesslich für Statistik und/ oder Forschung tätig sein müssen.

Verwaltungseinheiten des Bundes

Departemente, Gruppen, Ämter, Dienste, Eidg. Anstalten und Betriebe nach Artikel 58 des Verwaltungsorganisationsgesetzes.

1 Statistik - Eine Information über und für die Gesellschaft

1.1 Statistik als unentbehrliche Informationsaufgabe in unserer Zeit

Die heutige Statistik ist eine universell anwendbare Methodenwissenschaft. Sie dient der Gewinnung von empirischen Informationen über alle Sachbereiche des heutigen Lebens und bedient sich dazu quantitativer Verfahren. Mit Statistik bezeichnet man aber nicht nur die Verfahren und Methoden, nach denen Informationen beschafft, verarbeitet, analysiert, dargestellt und zum Gegenstand von Aussagen, Schlussfolgerungen und Entscheidungen gemacht werden, sondern auch die Resultate bzw. Zwischenresultate dieses Prozesses in Form mehr oder weniger verdichteter, zahlenmässiger Angaben über die Wirklichkeit. Die Statistik schlägt damit mittels quantitativer Methoden eine Brücke zwischen Theorie und Realität.

Nach der heutigen Auffassung muss eine Tätigkeit, um als statistisch bezeichnet zu werden, verschiedene Zustände (entweder gleichzeitig oder im Zeitablauf) nicht nur quantitativ miteinander vergleichen, sondern auch in einem generelleren Kontext eine Schlussfolgerung erlauben. Diese Schlussfolgerung ist je weniger mit Unsicherheit behaftet, desto mehr Beobachtungen vorliegen, auf die sie sich stützen kann. Man spricht deshalb auch von der Statistik als dem Zweig der Wissenschaft, der sich mit Massenerscheinungen befasst (wobei die «Masse» in Experimenten auch künstlich erzeugt werden kann). Das Wesen der Statistik kann somit auch dadurch gekennzeichnet werden, dass sie aus einer systematisch angelegten Vielzahl von einzelnen Beobachtungen durch einen Verdichtungsprozess zu einer allgemeinen Aussage gelangt.

In offenen, demokratischen Gesellschaften ist die amtliche Statistik ein wesentlicher Teil der Information über Bevölkerung, Wirtschaft, Gesellschaft und Umwelt. Ihr Ziel ist die Erarbeitung und Bereitstellung von statistischen Informationen zur:

- Aufklärung der Öffentlichkeit;
- Entscheidvorbereitung für die Entscheidungsinstanzen auf den verschiedenen Staatsebenen (Bund, Kantone und Gemeinden; Verwaltung, Regierung, Parlament);
- Beurteilungshilfe für die verschiedenen übrigen Kreise, die an staatlichen Entscheiden teilnehmen (Verbände, Parteien, Bürger);
- Führung durch quantitative Zielvorgaben;
- Durchführung von Massnahmen;

- Evaluation von Zielerreichung und Massnahmen;
- Erarbeitung von Szenarien und Prognosen;
- empirischen Abstützung von Forschungsprojekten über Gesellschaft, Wirtschaft und Umwelt;
- Benützung als Eckdaten durch die private Marktforschung;
- Situationsbestimmung und Planung in Unternehmen;
- Wissensvermittlung im Bildungsbereich.

Damit kommt der amtlichen Statistik eine Bedeutung als Informationsdienstleistung im Sinne einer Infrastrukturaufgabe des Staates zu, die wesentlich zur Transparenz beiträgt und verschiedenen Benützern zugute kommt.

Die Informationen der amtlichen Statistik müssen, damit sie zu den oben erwähnten Zwecken verwendet werden können, folgenden Kriterien genügen:

- Vergleichbarkeit in der Zeit (Kontinuität);
- Vergleichbarkeit im Raum (regional und international);
- Aktualität;
- Repräsentativität;
- Nachvollziehbarkeit der Ermittlung der Ergebnisse (Objektivität);
- Sicherung des Zugangs zu den Ergebnissen (auch für retrospektive Daten);
- Verbreitung der Ergebnisse in benützergerechter Form;
- Flexibilität in der Auswertung;
- Interdisziplinartität (Verknüpfbarkeit von Statistiken aus verschiedenen Bereichen);
- Glaubwürdigkeit als bestmögliche, verzerrungsfreie Annäherung an die Wirklichkeit (Neutralität).

Die Hauptaufgabe der amtlichen Statistik in einer Demokratie besteht darin, Grundkenntnisse über die gesellschaftliche Situation und Entwicklung zu erarbeiten und diese allen Interessenten und Bürgern für ihre Meinungsbildung verfügbar zu machen. Sie dient damit der Transparenz. Die regelmässige Verbreitung der statistischen Ergebnisse in geeigneten Formen, die Diffusion, ist deshalb eine ebenso zentrale Aufgabe der amtlichen Statistik wie die Erhebung und Auswertung der Daten. Sie erfolgt sowohl durch direkte Übermittlung der Ergebnisse an die Benützer wie auch indirekt über die Massenmedien und die Weiterverbreitung durch andere Stellen ausserhalb der amtlichen Statistik. Analyse, Interpretation und Diffusion sind somit not-

wendige Bestandteile des Produktionsprozesses jeder amtlichen Stelle, die statistische Erhebungen durchführt.

1.2 Entstehung und Entwicklung der Bundesstatistik

Die erste gesamtschweizerische Volkszählung wurde 1798/99 durch die helvetische Republik, die zweite 1836 auf Anordnung der Tagsatzung durchgeführt. Auf Betreiben des ersten Tessiner Bundesrats Stefano Franscini enthielt Artikel 24 des Bundesgesetzes vom 16. Mai 1849 über die Organisation des Bundesrates als Geschäftszweig des Departementes des Innern auch die «Statistik der Schweiz». Man schuf jedoch kein statistisches Amt und sah auch keinen Kredit für statistische Tätigkeiten im Budget vor.

Erstmals bewilligte die Bundesversammlung 1855 einen Kredit für die «Nationalstatistik», der bis 1859 durchschnittlich 2600 Franken im Jahr betrug. Nachdem die Bundesversammlung und die Schweizerische Naturforschende Gesellschaft die Schaffung einer offiziellen statistischen Dienststelle befürwortet hatten, wurde aufgrund des Bundesgesetzes vom 21. Januar 1860 das Eidgenössische Statistische Bureau errichtet (seit 1928 als Eidgenössisches Statistisches Amt und seit 1978 als Bundesamt für Statistik bezeichnet) und dem Departement des Innern unterstellt. Artikel 1 des Gesetzes bezeichnete als Aufgabe des Bureaus:

a) Sammeln, Zusammenstellen und Veröffentlichen der statistischen Erhebungen mit dem Zweck, eine vollständige Statistik der Schweiz zu erhalten;
b) periodische Publikationen sowie Monographien nach einem vom Bundesrat jährlich festzusetzenden Programm herauszugeben.

Im «Bundesgesetz über die amtlichen statistischen Aufnahmen in der Schweiz» vom 23. Juli 1870 wurden die Kompetenzen von Bundesversammlung und Bundesrat über die Anordnung statistischer Aufnahmen festgelegt und die Verteilung der Erhebungskosten auf Bund und Kantone geregelt.

In den ersten Jahren seines Bestehens hatte das Bureau mit den mannigfachsten Schwierigkeiten zu kämpfen. Der im Gründungsgesetz von 1860 enthaltene Gedanke einer Nationalstatistik erweckte allzu hochgespannte Erwartungen. Dem Statistischen Bureau schob man auch oft Geschäfte zu, die mit Statistik wenig oder nichts zu tun hatten. Gleichzeitig wurden auch andere Stellen in zunehmendem Masse mit Statistikaufgaben betraut. Darin drückt sich ein Wandel in der Auffassung der Statistikfunktion aus: Das Ziel einer kohärenten, umfassenden, an den damaligen wissenschaftlichen Kriterien ausgerichteten Nationalstatistik wurde trotz expliziter Erwähnung im Gesetz

von 1860 immer mehr zu Gunsten einer Konzeption verlassen, die die Statistik überwiegend als Nebenprodukt von Verwaltungstätigkeiten und als Instrument zur Durchführung von genau umschriebenen Vollzugsaufgaben der Bundesverwaltung betrachtete.

Die fünfziger und sechziger Jahre unseres Jahrhunderts führten in den marktwirtschaftlichen Industrieländern Europas und Nordamerikas zu einer wesentlichen Umgestaltung und Erweiterung der amtlichen Statistik, um den neuen Bedürfnissen einer Vielzahl von Benützern entsprechen zu können. Die Schweiz blieb von dieser Entwicklung praktisch unberührt. Die Statistiken wurden weiterhin aus partiellen Blickwinkeln für eng definierte Bedürfnisse erstellt; weder Forschung noch Wirtschaft beklagten sich über mangelnde Daten, und auch die zurückhaltende internationale Rolle der Schweiz führte nicht wie in anderen, der aktiven internationalen Zusammenarbeit verpflichteten Ländern zu einer Annäherung an den internationalen Standard. Angesichts der organisatorischen Zersplitterung gingen auch von den Trägern der amtlichen Statistik selbst keine vorausschauenden Impulse aus, um für die Zukunft gerüstet zu sein; der pragmatische Ansatz schien allen zu genügen.

Dass die nationale Buchhaltung zwischen 1971 und 1974 mangels verlässlicher Quellen eingestellt werden musste, war ein erstes Warnzeichen. Trotz einiger partieller Modernisierungsversuche, meist im Zusammenhang mit der EDV, blieb die Statistikproduktion und -organisation in den siebziger Jahren in den traditionellen Gebieten grundsätzlich unverändert.

Das Ungenügen der amtlichen Statistik gab nun aber erstmals auch Anlass zu öffentlichen Diskussionen und politischen Vorstössen. Ende 1975 beauftragte der Bundesrat das Eidgenössiche Departement des Innern, eine Arbeitsgruppe einzusetzen und diese mit der Ausarbeitung eines Entwurfes zu einem statistischen Grundgesetz zu betrauen, welches das Bundesgesetz von 1870 ersetzen sollte. Im Schlussbericht der Arbeitsgruppe wurde wiederum die Koordinationsbedürftigkeit der Bundesstatistik unterstrichen und diesem Problem ein hoher Stellenwert eingeräumt. Im Frühjahr 1982 wurde das Eidgenössische Departement des Innern beauftragt, sobald als möglich den Vorentwurf zu einem Gesetz über die Bundesstatistik zu unterbreiten, damit das Vernehmlassungsverfahren eingeleitet werden könne.

Dieses wurde im Jahre 1983 auf breiter Basis durchgeführt und stiess auf die Zustimmung der Kantone, der Sozialpartner, der Parteien und der Wissenschaftskreise. Bundesverwaltungsintern war der Entwurf jedoch umstritten. Ursprünglich für eine Behandlung in der Legislaturperiode 1983/87 vorgesehen, musste das Statistikgesetz als Folge des überlasteten Legisla-

turprogramms in die nächstfolgende Periode 1987/91 verschoben werden. Unbereinigte Differenzen im Rahmen der offiziellen Ämterkonsultation im September 1990 führten dazu, dass die Vorlage am 1. Februar 1991 zurückgezogen wurde. Nach erfolgreichen bilateralen Gesprächen konnte der definitive Entwurf ausgearbeitet und am 30. Oktober 1991 zu Handen des Parlaments verabschiedet werden. Dieses hiess das Bundesstatistikgesetz in seiner Schlussabstimmung am 9. Oktober1992 gut.

Mit dem neuen Gesetz wurden erstmals die Voraussetzungen geschaffen, dass der Bundesrat bewusst eine eigentliche Statistikpolitik formulieren und verwirklichen kann und diese nicht mehr aus fallweisen Einzelentscheiden verschiedener Instanzen als zufälliges Konglomerat entsteht.

1.3 Das statistische System der Schweiz nach Inkrafttreten des Bundesstatistikgesetzes

Die amtliche Statistik der Schweiz folgt dem dreistufigen, föderativen Aufbau nach Bund, Kanton und Gemeinde. Jede statistische Tätigkeit, die als amtliche, d.h. von einem staatlichen Organ angeordnete oder durchgeführte Statistik gelten will, muss einer dieser drei staatlichen Ebenen zugeordnet werden können. Der Bund kennt kein Monopol für die amtliche Statistik; ebensowenig beschränken die Kantone ihre statistische Tätigkeit ausschliesslich auf die kantonale Ebene. In allen Kantonen finden statistische Tätigkeiten statt. 16 Kantone und 9 Stadtgemeinden haben eine offizielle Statistikstelle bezeichnet, deren Aufgabe je nach Kanton bzw. Gemeinde unterschiedlich zusammengesetzt ist, aber eine regelmässige Publikationstätigkeit enthält. Die übrigen Kantone haben eine Person bezeichnet, welche für die Statistik verantwortlich ist.

Die Beziehungen zwischen Bund, Kantonen und Gemeinden im Bereich der Statistik waren in der Vergangenheit zweifacher Natur:

a) Mitwirkung der Kantone und Gemeinden an den vom Bund angeordneten Erhebungen;

b) Informationsaustausch und den Bedürfnissen angepasste freiwillige Koordination.

Darüberhinaus nutzen nach wie vor Bund, Kantone und Gemeinden ebenfalls die von den anderen Ebenen produzierten Daten. Das vorliegende Gesetz bringt keine Änderung des jetzt gültigen - unter Punkt a) erwähnten - Prinzips der Aufgabenverteilung. Der Bund kann nämlich weiterhin, wie bereits aufgrund des Gesetzes von 1870, die Kantone und Gemeinden zur Mitwirkung

bei Erhebungen verpflichten, auch wenn sie nicht selber befragt werden und für sie daraus keine spezielle finanzielle Entschädigung resultiert. Diese Lösung entspricht einem Prinzip, das beim Vollzug des Bundesrechts laufend zur Anwendung kommt. Als Gegenleistung für ihre Mitarbeit erhalten die Kantone (und die Gemeinden, wenn es sich um Vollerhebungen handelt), regionalisierte Ergebnisse aus der Bundesstatistik, wobei die Resultate zu einem grossen Teil ihre Bedürfnisse an statistischer Information abdecken. Die Kantone und Städte sind (im Rahmen der kantonalen Gesetzgebung) im übrigen frei, eigene statistische Aktivitäten zu entfalten und auch selber Erhebungen durchzuführen. Das Bundesstatistikgesetz respektiert somit das Prinzip des Föderalismus.

Hingegen enthält das neue Gesetz explizite Bestimmungen über die Ausgestaltung der Beziehungen zwischen Bund, Kantonen und Gemeinden (Städten) betreffend die unter Buchstabe b) genannten Tätigkeiten. Die Bundesverfassung erteilt dem Bund keine explizite Kompetenz - im Gegensatz zu seiner Kompetenz auf Bundesebene - die autonome Statistiktätigkeit der Kantone und Gemeinden zu koordinieren. Unter Berücksichtigung dieser Ausgangslage haben die Bundesbehörden gewünscht, dass im Gesetz ausdrücklich die Zusammenarbeit und die Koordination mit den Kantonen und Gemeinden auf freiwilliger Basis festgelegt wird.

Welche konkreten Massnahmen sind vorgesehen, um diese statistische Zusammenarbeit zu institutionalisieren, zu entwickeln und zu verbessern?

Die erste Massnahme ist die Einsetzung von **REGIOSTAT**, einem Gremium, welches zum Ziel hat, Kontakte und Zusammenarbeit sowie Planung und Koordination im Bereich Statistik zwischen Bund, Kantonen und Gemeinden zu fördern. Unter dem Vorsitz des Bundesamtes für Statistik haben die kantonalen statistischen Ämter, die statistischen Vertreter der Kantone, die kein solches Amt haben, sowie die statistischen Ämter der Städte in diesem Gremium Einsitz genommen. REGIOSTAT ist also das Organ, durch welches in erster Linie der Informationsaustausch zwischen Statistikern über alle Aktivitäten, sowohl auf nationaler wie auch auf internationaler Ebene, abläuft.

Eine weitere Massnahme sichert die Koordination und den Informationsfluss auf Bundesebene. Mit **FEDESTAT**, einem Gremium zur Förderung der Zusammenarbeit in der Bundesstatistik, wird die effiziente Abwicklung der statistischen Aktivitäten der Statistikproduzenten des Bundes sichergestellt.

Nebst REGIOSTAT und FEDESTAT sieht das Bundesstatistikgesetz die Bildung einer **Kommission für die Bundesstatistik** vor. Es handelt sich um eine

wichtige Kommission, eigentlich um die «Schlüsselfigur» des neuen statistischen Informationssystems der Schweiz. Es wurde eine Kommission ins Leben gerufen, die eher politischer als technischer Natur ist. Daher finden sich in dieser Kommission auch kaum Statistiker, sondern vielmehr Persönlichkeiten, welche in den verschiedenen Bereichen und Institutionen unserer Gesellschaft engagiert sind.

1.4 Eine europafähige statistische Informationspolitik

Zwei Artikel des Bundesstatistikgesetzes regeln die internationale Zusammenarbeit in der Statistik. Während Artikel 1 Absatz d die Grundlage für eine verstärkte internationale Kooperation, v.a. mit den europäischen Partnern, schafft, gibt Artikel 25 Absatz 2 dem Bundesrat die Kompetenz, internationale Verträge abzuschliessen. Das Gesetz sieht ebenfalls die Ausarbeitung eines statistischen Mehrjahresprogramms vor, das zum Instrument für die Umsetzung und die Unterstützung der eidgenössischen Statistikpolitik werden soll. Dieses Statistikprogramm erlaubt es nun, die Arbeiten der Bundesstatistik auf ein vorrangiges Ziel hin zu leiten: Die Euro-Kompatibilität der statistischen Informationen.

Bereits seit einigen Jahren beteiligt sich das Bundesamt für Statistik auf informeller Basis am statistischen System der Gemeinschaft. In diesem Rahmen wurden Anpassungen an die europäischen Normen vorgenommen, und 1988 beantragte und erhielt die Schweiz als erstes Nicht-EU-Land einen Beobachterstatus beim Statistischen Amt der Europäischen Gemeinschaften (EUROSTAT). Auf politischer Ebene beschleunigte der Entscheid, im Vertrag zum Europäischen Wirtschaftsraum (EWR) ein statistisches Kapitel aufzunehmen, den Aufbau einer gemeinsamen statistischen Infrastruktur aller neunzehn Länder. Das von der Zwölfergemeinschaft entwickelte, qualitativ hochstehende statistische System sollte auf die EFTA-Länder ausgedehnt werden und so zur Bildung eines schrankenlosen europäischen Statistikraums führen.

Ab 1990 nahmen schweizerische Experten an den Arbeiten der Gemeinschaft teil, die u.a. die Entwicklung des statistischen Programms und der Rechtsetzung in der Gemeinschaft zum Inhalt hatten. Diese Arbeiten trugen auch schnell Früchte - z.B. die Einführung der Kaufkraftparitäten, die es von nun an erlauben, die in den unterschiedlichen Währungen ausgedrückten, makroökonomischen Grössen umzuwandeln und somit die wichtigsten schweizerischen und europäischen Wirtschaftsindikatoren miteinander vergleichen zu können.

Diese positive und fruchtbare Zusammenarbeit schien eine entscheidende Wende für das statistische System der Schweiz zu bedeuten, denn - im Gegensatz zu den meisten EFTA-Ländern, welche bereits über gutentwickelte und weitgehend eurokompatible Statistikapparate verfügten - stellte die Anpassung des schweizerischen Statistiksystems an die Normen der Gemeinschaft eine grosse und folgenschwere Herausforderung dar. Die Forderungen, die der EWR-Vertrag im Bereich der statistischen Informationen an unser Land stellte, schien eine Gelegenheit zur Erneuerung der amtlichen Statistik der Schweiz zu sein, welche den Forderungen eines einheitlichen Marktes und einer transparenten Gesellschaft gerecht werden musste.

Der Ausgang der Volksabstimmung vom 6. Dezember 1992 über die Ratifizierung des EWR-Vertrages bremste diese Erwartungen. Die Schweiz ist seither vom Netz der europäischen Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Statistik teilweise isoliert. Sie kann weder an den Arbeiten der Ausschüsse der Gemeinschaft noch an den statistischen Projekten teilnehmen, welche mit der Inkraftsetzung des EWR zusammenhängen. Jedoch haben die seit Januar 1993 laufenden Kontakte mit den Behörden der Gemeinschaft gezeigt, dass die EU und die Schweiz ein gegenseitiges Interesse an der Wiederaufnahme und der Verstärkung ihrer statistischen Kooperation haben. Dies umsomehr, als die Nachfrage nach statistischen Informationen über die wirtschaftliche und soziale Lage der Schweiz sowie über ihre Handelsbeziehungen zur EU zunimmt. Daher hat der Bundesrat im Juni 1993 die EU angefragt, Verhandlungen im Hinblick auf den Abschluss eines bilateralen Abkommens auf dem Gebiet der Statistik zu eröffnen. Ein solches Abkommen wird die Modalitäten der Zusammenarbeit sowie die Bedingungen und die Form einer konstruktiven Beteiligung an der Entwicklung des europäischen statistischen Systems definieren.

Kurzfristig muss die Schweiz, auf der Grundlage der Prinzipien und Instrumente des Bundesstatistikgesetzes, die grossen Umrisse ihrer Statistikpolitik neu definieren und dabei weiterhin Kurs auf Europa steuern. Zu diesem Zweck müssen besondere Anstrengungen unternommen werden, um die Lücken zu schliessen, welche die schweizerische Statistik im Vergleich zu den Normen und Leistungen des statistischen Systems der EU aufweist. Diese Anstrengungen müssen auf vier Gleisen laufen:

- Die statistischen Informationen der verschiedenen Länder können nur verglichen und aggregiert werden, wenn sie aufgrund eines gemeinsamen Systems von Normen, Definitionen und Methoden ausgearbeitet wurden, die eigentlich eine Sprache bilden: die statistische Sprache. Um wirklich funktionsfähig zu sein, muss eine statistische Sprache systematisch ent-

wickelt werden, damit die verschiedenen Arten von Normen miteinander vereinbar sind, unterschiedliche Informationen zueinander in Beziehung gesetzt und statistische Analysen durchgeführt werden können, die die verschiedensten Bereiche abdecken. Es ist daher leicht zu verstehen, weshalb sich die schweizerischen Anstrengungen in erster Linie auf die Anpassung der bereits bestehenden Statistiken an grundsätzliche technische Normen wie Konzepte, Definitionen und Nomenklaturen des europäischen Systems konzentrieren müssen. Mit Blick auf dieses Ziel ist die Schweiz daran, eine der wichtigsten Rechtsakte im Bereich der Statistik zu übernehmen, nämlich die Verordnung über die Allgemeine Systematik der Wirtschaftszweige in der Europäischen Gemeinschaft, abgekürzt NACE. Diese Nomenklatur ist die Grundlage jeder Wirtschaftsstatistik, die den Anspruch erhebt, auf europäischer Ebene vergleichbar zu sein. Sie wird namentlich anlässlich der Betriebszählung von 1995 und bei der Produktion von statistischen Informationen, die nach Wirtschaftsbranchen aufgegliedert sind, angewendet werden.

- In zweiter Linie werden stetig, aber wahrscheinlich nur teilweise, die gebräuchlichen statistischen Methoden der EU übernommen werden. Dies ist der Fall bei der schweizerischen Nationalen Buchhaltung, welche Syntheseinformationen über die wichtigsten makroökonomischen Operationen liefert. Diese Informationen sind heute ungenügend, denn einerseits beruht die Nationale Buchhaltung selber auf lückenhaften Grundinformationen, und andererseits ist das Buchhaltungssystem nicht konform mit den europäischen Normen. Daher ist eine Totalrevision dieses Systems im Gang, welche 1995 abgeschlossen sein sollte.
- Drittens soll nur bei einigen wenigen Statistiken eine Anpassung an die europäischen Normen betreffend Periodizität der Produktion von Informationen vorgenommen werden. So ist vorgesehen, dass ab 1998 - in Übereinstimmung mit dem europäischen Rhythmus - alle fünf Jahre eine Erhebung über das Einkommen und den Verbrauch der Gesamtheit der schweizerischen Haushalte durchgeführt wird. Demgegenüber werden in gewissen Gebieten, wie der Statistik über den Transport auf der Strasse, die schweizerischen statistischen Informationen die Normen der Gemeinschaft bezüglich der Periodizität nicht übernehmen können.
- Schliesslich sollte die Bundesstatistik, um den europäischen Normen vollständig zu entsprechen, Bereiche abdecken, über die heute überhaupt keine Informationen zur Verfügung stehen (beispielsweise die industrielle Produktion). Jedoch kann die Produktion solcher Informationen aufgrund der knappen Ressourcen weder kurz- noch mittelfristig ins Auge gefasst werden.

Diese Ziele werden während der nächsten zwei bis drei Jahren für die Harmonisierung der schweizerischen Statistiken mit den europäischen Normen bestimmend sein. Sie berücksichtigen gleichzeitig die Knappheit der zur Verfügung stehenden Ressourcen und die Notwendigkeit, mit den europäischen Partnern zusammenzuarbeiten. Für die Ausrichtung der zukünftigen Zusammenarbeit sind im Frühjahr 1994 Erkundungsgespräche mit der EU im Hinblick auf ein bilaterales Abkommen im Bereich der Statistik aufgenommen worden.

2 Das Bundesstatistikgesetz

2.1 Grundzüge

Das vorliegende Bundesstatistikgesetz schafft für die gesamte Statistik des Bundes eine umfassende, zeitgemässe Rechtsgrundlage und erlaubt die Aufhebung und Straffung der früheren verzettelten, unsystematischen und grösstenteils veralteten Rechtsgrundlagen der Bundesstatistik. Als Rahmengesetz verzichtet es auf die Auflistung einzelner Erhebungen oder Statistiken; die inhaltliche Ausgestaltung der Statistik wird mit den Ausführungsverordnungen geregelt.

Die wichtigsten Punkte des Bundesstatistikgesetzes sind die folgenden:

- **Ziele und Aufaben der Bundesstatistik**: Das Gesetz macht die moderne Konzeption der Statistik, nämlich eine Informationsdienstleistung des Staates für eine Vielzahl von Benützern, zur verbindlichen Leitlinie der Bundesstatistik.
- **Einheitliche Kompetenzdelegation für die Anordnung statistischer Erhebungen**: Im früheren Gesetz von 1870 konnte der Bundesrat einmalige Erhebungen anordnen, wogegen wiederholte Erhebungen einen Beschluss der Bundesversammlung erforderten. Diese Aufteilung hat sich als unzweckmässig erwiesen. Die heutige Regelung, nach welcher die Kompetenzdelegation an den Bundesrat erfolgt, erleichtert die Transparenz der Statistik als Ganzes.
- **Neue Organisation der Bundesstatistik:** Das Bundesamt für Statistik wird als zentrale Statistikstelle des Bundes definiert. Ihm obliegt u.a. die Koordination der Bundesstatistik. Insbesondere muss es von den anderen Erhebungsstellen in Fragen der Übereinstimmung mit dem Mehrjahresprogramm, der Methode, der zeitlichen Abstimmung und der ordnungsgemässen Durchführung von Erhebungen konsultiert werden.

- **Erstellen eines Mehrjahresprogramms:** Dieses Programm ist ein vollständig neues Instrument der Bundesstatistik und wird dem Parlament im Rahmen der Legislaturplanung vorgelegt. Es stellt sowohl die departementsübergreifende koordinierte Gesamtplanung der Statistiktätigkeit des Bundes als auch die Einflussmöglichkeit des Parlamentes auf die Statistikpolitik des Bundes sicher. Ferner verbessert es die Transparenz gegenüber der Öffentlichkeit.
- **Bildung einer Kommission für die Bundesstatistik**: Diese ist in erster Linie als Beratungsorgan für Bundesrat, Bundesamt für Statistik und weitere Statistikproduzenten des Bundes tätig. Sie vertritt die unterschiedlichen Interessen der Statistikbenützer und befasst sich mit allgemeinen Fragen der Statistik. Insbesondere wirkt sie bei der Erarbeitung des Mehrjahresprogrammes mit.
- **Beziehung zwischen der Bundesstatistik und ihren Partnern**: Das Gesetz regelt die Verhältnisse zwischen dem Bund und seinen wichtigsten Partnern: Kantone, Gemeinden, Wirtschaft, Wissenschaft, internationale Organisationen und ausländische statistische Ämter.
- **Regelung des Datenschutzes**: Die Datenschutzbestimmungen des Bundesstatistikgesetzes stehen mit denjenigen des Datenschutzgesetzes im Einklang, wobei besondere, strengere Vorschriften bezüglich Amtsgeheimnis, Datensicherheit, Datenaufbewahrung und Weitergabe von Daten vorgesehen sind.
- **Sicherstellung des Verhältnismässigkeitsprinzips**: Die Beschaffung der Daten soll mit möglichst wenig Eingriffen in die Rechte der Betroffenen verbunden sein. Das Gesetz hält daher fest, dass der Bund für die Erstellung von Statistiken in erster Linie bereits vorhandene Verwaltungsdaten heranzuziehen hat.
- Mit der **Veröffentlichungspflicht** der statistischen Ergebnisse in allen drei Amtssprachen wird auch der aus staatspolitischer Sicht sehr wichtige demokratische Zugang zu Informationen auf Gesetzesebene geregelt. Darüber hinaus wird das Bundesamt für Statistik die für eine moderne Diffusionspolitik nötigen Einrichtungen so führen, dass Auskünfte über die ganze Bundesstatistik erteilt werden können.

2.2 Die Artikel des Gesetzes im einzelnen

Gliederung des Gesetzes

Das Gesetz umfasst 27 Artikel, die in 7 Abschnitten zusammengefasst sind. Ein Anhang enthält schliesslich die zahlreichen Aufhebungen und Änderungen von Bundeserlassen, die mit dem Inkrafttreten dieses Gesetzes

möglich wurden. Den einzelnen Abschnitten sind die folgenden Inhalte zugewiesen:

1. Abschnitt: Allgemeine Bestimmungen (Zweck, Geltungsbereich, Aufgaben, Grundsätze): Artikel 1-4;
2. Abschnitt: Anordnungsbefugnisse, Planung und Mitwirkung von bundesexternen Organen (Kantone, Privatwirtschaft, Verbände) bei der Durchführung: Artikel 5-9;
3. Abschnitt: Organisation der Bundesstatistik (Bundesamt für Statistik, übrige Statistikproduzenten des Bundes, Koordination): Artikel 10-13;
4. Abschnitt: Datenschutz und Datensicherheit: Artikel 14-17;
5. Abschnitt: Veröffentlichungen und Dienstleistungen (Diffusion): Artikel 18-21;
6. Abschnitt: Strafbestimmungen: Artikel 22-24;
7. Abschnitt: Schlussbestimmungen: Artikel 25-27.

Erster Abschnitt: Allgemeine Bestimmungen

Artikel 1: Zweck des Gesetzes

Dieser Artikel zählt die wichtigsten Ziele des Bundesstatistikgesetzes auf. Die Erstellung von Statistiken hat nach den Regeln eines systematischen Prozesses der Konzeption, Beschaffung, Bearbeitung, Analyse, Aufbewahrung und Verbreitung von Informationen zu erfolgen. Dabei dominieren zwar quantitative Angaben und Resultate; der Bezug zu inhaltlich-qualitativen Elementen muss aber immer gewahrt sein, damit den Benützern die Bedeutung der Ergebnisse aus der Bundesstatistik klar ist. Deshalb spricht Buchstabe a von statistischen Grundlagen als allgemeinstem Begriff, der sämtliche Informationsbestandteile umfasst, die für die Erstellung und Verwendung von Statistiken relevant sind.

Buchstabe b verankert die moderne und heute allgemein gültige Konzeption der Bundesstatistik, nach der sie nicht nur eine bundesinterne Informationsgrundlage darstellt, sondern als polyvalentes Informationssystem Ergebnisse ermittelt, die auch der Öffentlichkeit zur Lagebeurteilung und Meinungsbildung und den namentlich erwähnten Hauptbenützerkreisen, d.h. Kantonen, Gemeinden, Wissenschaft, Privatwirtschaft sowie den Sozialpartnern für ihre Vollzugs-, Planungs- und Analysezwecke zur Verfügung stehen. Der Begriff

«Ergebnisse» beinhaltet sowohl die unkommentierte Form der Bereitstellung (Tabellen oder Datensätze) wie auch die in verbale Aussagen, Grafiken oder thematische Karten gekleideten und gegebenenfalls mit einer Interpretation versehenen Darstellungsformen von zahlenmässigen Resultaten.

Buchstabe c verweist darauf, dass die Bereitstellung der in Buchstabe a angesprochenen Daten oft mit einer Datenbeschaffung im Sinne von Erhebungen verbunden ist; dabei dürfen jedoch im Sinne des Verhältnismässigkeitsgebots die Befragten nicht übermässig belastet werden. Eine notwendige Voraussetzung hierfür ist auch eine zweckmässige Organisation der Bundesstatistik, die Doppelspurigkeiten vermeidet, indem z.B. dem Bund aus anderen Quellen zur Verfügung stehende Daten auch für die Statistik herangezogen werden.

Buchstabe d enthält schliesslich den Auftrag an die Bundesstatistik, die nationale Zusammenarbeit mit ihren in Buchstabe b genannten Partnern und die immer wichtiger werdende internationale Kooperation aktiv und regelmässig zu betreiben.

Die Erwähnung des Datenschutzes in Buchstabe e schliesslich unterstreicht die Bedeutung, die diesem für den Schutz der Befragten und für das Vertrauen in die Statistik zentralen Element im Rahmen dieses Gesetzes und seiner Vollzugsbestimmungen zukommt.

Mit diesen fünf Elementen ist das Umfeld abgesteckt, in dem sich die Bundesstatistik zu bewegen hat.

Artikel 2: Geltungsbereich

Artikel 2 umschreibt den institutionellen Geltungsbereich des Gesetzes. Der obligatorische Anwendungsbereich des ganzen Gesetzes und damit primäre Geltungsbereich betrifft gemäss Absatz 1 alle vom Bundesrat angeordneten Arbeiten (unabhängig davon, wer sie durchführt) sowie die von den Departementen (ohne ETH-Bereich) oder der Bundeskanzlei vorgenommenen oder veranlassten Arbeiten. Statistische Arbeiten umfassen dabei sämtliche Ablaufphasen (Planung, Konzipierung, Beschaffung, Aufarbeitung, Auswertung, Analyse, Aufbewahrung und Diffusion) im Hinblick auf die Gewinnung von repräsentativen Aussagen im Sinne von Artikel 3 Absatz 1. Zahlenmässige Zusammenstellungen der Geschäftstätigkeit, z.B. für die Budgeterstellung, Rechnungsführung und den Geschäftsbericht, fallen nicht unter den Statistikbegriff. Die Bestimmungen dieses Gesetzes gelten für die Verwaltungseinheiten unabhängig davon, ob für gewisse Teile von statistischen

Arbeiten des Bundes externe Stellen herangezogen werden oder alles von Bundesstellen durchgeführt wird.

Absatz 1 deckt sich nicht ganz mit dem Geltungsbereich des Verwaltungsorganisationsgesetzes, da für den ETH-Bereich (inklusive Annexanstalten), für die PTT und die SBB aufgrund ihrer spezifischen Stellung Ausnahmen gemacht werden müssen. Dies wird in Absatz 2 in Verbindung mit Absatz 4 geregelt. Danach unterstehen sämtliche statistischen Arbeiten der betroffenen Verwaltungseinheiten bzw. Regiebetriebe dem Gesetz, aber nur hinsichtlich einzelner, vom Bundesrat festzulegender Artikel. Damit kann eine differenzierte Regelung getroffen werden, die die Koordination der statistischen Arbeiten unter gleichzeitiger Wahrung der Autonomie dieser Organe sicherstellt (siehe Organisationsverordnung Artikel 2).

Der Bundesrat kann aufgrund von Absatz 3 und unter Berücksichtigung von Absatz 4 auf dem Verordnungswege weitere Statistikproduzenten des Bundes ausserhalb des Geltungsbereichs des Verwaltungsorganisationsgesetzes teilweise dem Gesetz unterstellen (siehe Anhang der Verordnung über die Organisation der Bundesstatistik).

Artikel 3: Aufgaben der Bundesstatistik

Artikel 3 umreisst in seinem Absatz 1 einen inhaltlichen Rahmen für die Bundesstatistik, ohne dass das Gesetz mit umfangreichen Definitionen belastet wird. Die Bundesstatistik hat Aussagen über Zustand und Entwicklung von Bevölkerung, Wirtschaft, Gesellschaft, Raum und Umwelt so bereitzustellen, dass einerseits der Bund seine Aufgabenerfüllung auf diese Grundlagen abstützen kann, und dass anderseits auch die Erstellung eines zusammenhängenden Bildes zu diesen vier Themen sowie interdisziplinäre Betrachtungen möglich werden.

In Absatz 2, Buchstaben a - d, wird näher ausgeführt, was im Zusammenhang mit diesem Gesetz unter Aufgaben des Bundes zu verstehen ist.

Die Statistik darf sich inhaltlich nicht bloss auf die enggefassten Vollzugsaktivitäten der Bundesverwaltung beschränken, sondern sie hat auch die diesen Aktivitäten vor- und nachgelagerten Stufen zu berücksichtigen (Buchstabe a). Auch in zeitlicher Hinsicht muss die Bundesstatistik eine dauernde Beobachtung der wichtigsten Aspekte der Bevölkerung, Wirtschaft, Gesellschaft, Raum und Umwelt unabhängig von Änderungen im Aufgabenbereich des Bundes sicherstellen, um Zeitvergleiche zu ermöglichen und die Grundlagen für Prognosen zu schaffen. Durch politische Vorstösse zur

Diskussion gestellte neue Bundesaufgaben sollen Gegenstand der Bundesstatistik sein können, um die Entscheidfindung auf eine gesicherte Basis über die Ausgangslage stellen zu können.

Buchstabe b nennt diejenigen Bereiche als integralen Bestandteil der Bundesstatistik, bei denen die Aufgaben von Bund und Kantonen eng ineinandergreifen. Müsste sich die Bundesstatistik auf den jeweiligen Bereich der Vollzugskompetenzen des Bundes beschränken, könnte sie weder die engen Verflechtungen der einzelnen Elemente innerhalb eines solchen Bereichs darstellen noch Gesamtübersichten erarbeiten.

Buchstabe c erwähnt eine weitere Form von Bundesaufgaben, nämlich die Durchführung nationaler Forschungsprojekte, für die gegebenenfalls Daten in Bereichen bereitgestellt werden müssen, die nicht unter die Buchstaben a - b fallen. In jedem Fall muss aber die Statistiktätigkeit nicht bloss auf die quantitative Erfassung irgendwelcher Tatbestände, sondern auf solche von staatlicher oder gesellschaftlicher Tragweite ausgerichtet sein.

Mit Buchstabe d wurde einem Antrag der Staatspolitischen Kommission des Nationalrates Folge geleistet, der anlässlich der Beratungen zum Gesetz formuliert wurde. Die Gleichstellung von Mann und Frau ist ein Verfassungsauftrag (Artikel 4, Absatz 2 Bundesverfassung) und sollte daher nicht als Teilaspekt von jedem Bereich des öffentlichen Lebens, sondern als staatspolitisches Programm verstanden werden. In diesem Sinn ist es Aufgabe der Bundesstatistik, die Erfüllung der Forderung nach Gleichstellung zu überprüfen.

Die Bundesstatistik ist bezüglich Verarbeitung und Verbreitung der Informationen als Mehrzwecksystem auszugestalten, das den Anforderungen einer Vielzahl von Benützern gerecht werden kann. Die Bedürfnisse der nationalen Partner, insbesondere der Kantone, Gemeinden, Wissenschaft, Privatwirtschaft und Sozialpartner, aber auch diejenigen bereichsorientierter Interessengruppen und des Bildungswesens sollen daher gemäss Absatz 3 in die Konzeption der Bundesstatistik einfliessen. Die Zusammenarbeit kann auch auf die Durchführung von Erhebungen ausgedehnt werden (vgl. Artikel 7 und 8). Wirken die Kantone, Gemeinden oder Wirtschaftsverbände unentgeltlich als Zwischenstellen an Erhebungen des Bundes mit und entlasten dadurch die Bundesstatistik, sind ihre Informationsbedürfnisse, wenn immer möglich, ebenfalls einzubeziehen, wohingegen in den übrigen Fällen dies nur dann angezeigt ist, wenn sie mit den Informationsbedürfnissen des Bundes im Einklang stehen.

Die Informationsbedürfnisse des Bundes und der nationalen Partner enthalten, je nach Bereich mehr oder weniger ausgeprägt, den Wunsch nach internationaler Vergleichbarkeit der Resultate. Voraussetzung dazu ist eine Kompatibilität der in der schweizerischen und ausländischen bzw. internationalen Statistik verwendeten Begriffe, Definitionen und Nomenklaturen. Die Zusammenarbeit auf dem Gebiet der amtlichen Statistik darf deshalb an der Landesgrenze nicht haltmachen und schliesst ausländische und internationale Träger der amtlichen Statistik mit ein.

Artikel 4: Grundsätze für die Datenbeschaffung

Der Bund ist nach Absatz 1 zuerst gehalten, **bestehende** Daten, aus denen repräsentative Aussagen über Bevölkerung, Wirtschaft, Gesellschaft, Raum und Umwelt gewonnen werden können, für neue statistische Auswertungen zu benützen. Diese Daten können aus bereits durchgeführten Erhebungen stammen, oder aber aus Datensammlungen, die der Bund für seine Verwaltungstätigkeit oder eine dem Gesetz unterstellte Institution für den Vollzug von Bundesaufgaben angelegt hat. Um die Eignung bestehender Daten für statistische Verwendungen bzw. zusätzliche Aussagen beurteilen zu können, ist eine entsprechende Dokumentation über die vorhandenen Daten notwendig.

In zweiter Priorität ist nach Absatz 2 das Instrument der **Indirekterhebung**, d.h. die Beschaffung von Daten über Dritte aus Datensammlungen bei Kantonen, Gemeinden oder bei andern öffentlich-rechtlichen Organisationen, anzuwenden. Voraussetzung ist allerdings, dass diese Daten bezüglich des erfassten Personenkreises, der inhaltlichen und zeitlichen Abgrenzungen und der verwendeten Untergliederungen den Anforderungen der Statistik entsprechen und der Bearbeitung zugänglich sind. Dazu sind in den meisten Fällen vorgängige Harmonisierungs- und Nachführungsarbeiten notwendig, die in enger Zusammenarbeit mit den Kantonen, Gemeinden und übrigen Betroffenen vorangetrieben werden müssen.

Die **Direkterhebung**, insbesondere bei natürlichen oder juristischen Personen, stellt die dritte Erhebungsform dar, auf die in letzter Priorität zurückzugreifen ist. Dabei ist Teilerhebungen der Vorzug vor Vollerhebungen einzuräumen (möglichst geringe Zahl der Befragten). Auch die Belastung der Befragten gemäss Absatz 3 ist möglichst gering zu halten: dies ist bei der Auswahl der Befragten für Teilerhebungen zu beachten, indem Mehrfachbefragungen der gleichen Einheit durch mehrere Erhebungen zu vermeiden sind; zudem sind aber auch die Zahl und die Natur der Fragen so zu gestalten, dass für die Befragten kein übermässiger Aufwand entsteht. Hier sind insbesondere die

Gegebenheiten des Rechnungswesens von kleineren und mittleren Unternehmen in Rechnung zu stellen.

Die in Absatz 1 ebenfalls genannten **Erhebungen mittels Beobachtung** und **Messung**, die für gewisse Tatbestände die einzig denkbare Erhebungsform darstellen, können nicht eindeutig in die Prioritätenfolge dieses Artikels eingeordnet werden. In der Statistik werden über solche Erhebungen keine Personendaten beschafft. Sie sind auch nicht mit Belastungen im Sinne von Auskunftserteilung für natürliche oder juristische Personen verbunden.

Absatz 4 übernimmt eine Bestimmung aus dem Datenschutzgesetz, die hier auf alle Erhebungen für die Bundesstatistik angewendet wird. Die zur Übermittlung von Daten aufgeforderten Stellen und Personen sind in geeigneter Weise über die Rechtsgrundlage der Datenbeschaffung, den (ausschliesslich statistischen) Zweck der Erhebung und die verantwortliche und als Empfängerin der Daten geltende Bundesstelle zu informieren. Diese Information kann vorgängig oder gleichzeitig mit der Erhebung erfolgen und, vor allem bei breit gestreuten Erhebungen, nebst der individuellen Information der Beteiligten auch generelle Informationskanäle wie Massenmedien benützen (siehe auch Verordnung über die Durchführung von statistischen Erhebungen des Bundes, Artikel 6).

Zweiter Abschnitt: Anordnungsbefugnisse und Mitwirkung

Artikel 5: Anordnung von Erhebungen

Die geplanten statistischen Erhebungen werden nach Absatz 1 in der Verordnung über die Durchführung von statistischen Erhebungen des Bundes angeordnet. Die ausdrückliche Erwähnung von Mischformen zwischen Direkt- und Indirekterhebungen innerhalb derselben Erhebung erleichtert die differenzierte Heranziehung von Datensammlungen der Kantone und Gemeinden, auch wenn diese nicht den ganzen Fragenkatalog abdecken oder nicht gesamtschweizerisch denselben Stand aufweisen.

Absatz 2 enthält Delegationsmöglichkeiten des Bundesrates hinsichtlich der Anordnung von Erhebungen. Diese Möglichkeiten sind bewusst begrenzt, um den Grundsatz von Absatz 1 nicht zu gefährden. Buchstabe a sieht die Delegation der Anordnungsbefugnis für Erhebungen vor, bei denen keine Personendaten erhoben werden. Darunter fallen Erhebungen mittels Beobachtungen und Messungen, Direkterhebungen bei Kantonen, Gemeinden und ihren Dienststellen sowie Indirekterhebungen, die nicht personenbezo-

gene, sondern z.B. objektbezogene Datensammlungen zum Gegenstand haben. Die Frage, wann Messungen im Umweltbereich als Statistik im Sinne dieses Gesetzes zu betrachten sind, ist weniger eindeutig zu beantworten als bei Erhebungen mit Befragung; sie muss in der Regel dann bejaht werden, wenn es sich um Messungen im Rahmen eines nationalen Messnetzes handelt, das eine Generalisierung auf den Gesamtraum der Schweiz oder wichtige Teilräume zum Ziel hat. Die zweite Ausnahme (Buchstabe b) betrifft Direkterhebungen bei einem kleinen Kreis von Unternehmen und Betrieben. Damit sind spezielle Erhebungen bei maximal 1000 Unternehmen oder Betrieben angesprochen. Eine weitere Ausnahme (Buchstabe c) regelt einmalige, kurzfristig angesetzte Umfragen mit einer Anzahl befragter Personen, die 1000 nicht übersteigt. Indirekterhebungen fallen nicht unter diese Delegationsnorm. Voraussetzung für eine Delegation ist die Freiwilligkeit der Auskunftserteilung sowie, wegen Artikel 7 Absatz 1, auch das Fehlen der Mitwirkungspflicht für Kantone oder Gemeinden (diese muss nämlich durch den Bundesrat festgelegt werden). Erhebungen, die aufgrund dieses Absatzes angeordnet werden, bedingen zudem die vorgängige Konsultation des Bundesamts für Statistik aufgrund von Artikel 12 Absatz 1.

In den Absätzen 3 und 4 sind abschliessend die autonomen, d.h. nicht vom Bundesrat delegierten Anordnungsbefugnisse für Erhebungen aufgezeichnet. Institutionen der Forschungsförderung oder Forschungsstätten des Bundes gemäss Bundesgesetz über die Forschung sind weiterhin im Rahmen ihrer Forschungsfreiheit zur Anordnung von statistischen Erhebungen befugt. Dabei spielt es keine Rolle, ob Personendaten erhoben werden und wer die Befragten sind. Voraussetzung ist die Freiwilligkeit der Auskunft und die Einmaligkeit bzw. zeitliche Befristung der Erhebung. Regelmässige Erhebungen für die Statistik sind Sache der Bundesstatistik; Aufgabe der Forschungsinstitutionen kann es hingegen sein, Lücken durch eigene, projektbezogene Erhebungen zu füllen. Diese Erhebungen werden aber als Teil der Bundesstatistik in die Koordinationsanstrengungen des Bundesamtes für Statistik (Artikel 12) miteinbezogen, damit Doppelspurigkeiten und übergrosse Belastungen derselben Befragtenkreise rechtzeitig erkannt und behoben werden können. Erhebungen im Rahmen der Ressortforschung übriger Verwaltungsstellen fallen in bezug auf die Anordnungskompetenzen nicht unter diesen Absatz, sondern unter Absatz 1 und 2, unabhängig davon, ob sie intra muros oder extra muros durchgeführt werden.

Auch die ETH und ihre Annexanstalten, die PTT und die SBB sowie die dem Gesetz gemäss Artikel 2 Absatz 3 unterstellten Organisationen oder Anstalten, die keine Institutionen der Forschungsförderung oder Forschungsstätten des Bundes sind, bewahren gemäss Absatz 4 ihre angestammten

Anordnungsbefugnisse unter bestimmten Voraussetzungen. Davon sind einerseits Erhebungen, bei denen keine Personendaten erhoben werden, betroffen. Andererseits können die genannten Organisationen freiwillige Erhebungen für die Statistik bei denjenigen Personen, Unternehmen, Betrieben oder Institutionen anordnen und durchführen, mit denen sie für ihre übrigen, nicht statistischen Aufgaben bereits zusammenarbeiten. Darunter fallen z.B. die Banken und Börsen für die Schweizerische Nationalbank oder die Mitglieder des Schweizerische Bauernverbandes für das Sekretariat des Schweizerischen Bauernverbandes. Erhebungen mit Auskunftspflicht können in diesem Rahmen nur angeordnet werden, wenn ein anderes Gesetz (so z.B. das Gesetz über Banken und Sparkassen in Artikel 7) dies ausdrücklich vorsieht. Alle aufgrund von Absatz 4 angeordneten Erhebungen fallen unter die Koordinationspflicht von Artikel 12 Absatz 1.

Absatz 5 regelt die einzige, nicht auf die Erzielung repräsentativer Ergebnisse gerichtete Erhebungstätigkeit, die unter dieses Gesetz fällt: die den eigentlichen Erhebungen vorgelagerten Test- und Probeerhebungen. Die Erhebungsstellen und insbesondere das Bundesamt für Statistik als die für Konzept- und Methodenfragen zuständige Bundesstelle können solche Erhebungen ohne besonderen Erlass durchführen, auch wenn sie Befragungen beinhalten. Dabei ist zu beachten, dass Probeerhebungen mit keiner Auskunftspflicht für die Befragten verbunden sein dürfen. Die Testerhebungen fallen ebenfalls unter die Koordinationspflicht (Artikel 12).

Artikel 6: Pflichten der Befragten

Mit Absatz 1 erhält der Bundesrat die Kompetenz, bei einzelnen Erhebungen alle oder einen Teil der Befragten zur Auskunft zu verpflichten. Es besteht jedoch keine Absicht, für die Erhebungen bei den Haushalten oder den privaten Unternehmen den Anteil der Erhebungen mit Auskunftspflicht zu erhöhen. Wenn die Befragten nicht selbst Auskunft geben können (Kinder, Kranke, abwesende Personen), erstreckt sich die Auskunftspflicht auf geeignete Vertreter. Dem Grundsatz der Reduktion der Zahl und Belastung der Befragten kommt gerade bei obligatorischen Erhebungen eine zentrale Bedeutung zu (Absatz 2).

Bei Nichteinhaltung der Auskunftspflicht wird der Befragte vorerst nur an seine Pflicht erinnert. Wird nur ein Teil der Fragen nicht beantwortet, oder ist ein Teil der Antworten mit hoher Wahrscheinlichkeit unrichtig, erfolgt entweder eine Rückfrage beim Befragten oder eine Ergänzung mittels anderer Verfahren. In diesem Stadium werden noch keine Sanktionen ergriffen oder angedroht. Erst wenn diese ersten Schritte nicht zum Ziel führen, kann eine

förmliche Mahnung und, als ultima ratio, eine Bestrafung aufgrund von Artikel 22 erfolgen.

Absatz 3 deckt den Fall ab, bei dem der Bund ausnahmsweise Entschädigungen für freiwillige Auskünfte an die Befragten ausrichtet. Wie dieser Absatz festhält, kann diese Bestimmung nur bei aussergewöhnlich grossem Aufwand für die Auskunftserteilung, d.h. nur in sehr wenigen Fällen, zum Tragen kommen. Beiträge an Kantone und Gemeinden richten sich nach Artikel 7 Absatz 4.

Artikel 7: Mitwirkung der Kantone und Gemeinden

Die Mitwirkungspflicht für Kantone und Gemeinden bei Erhebungen, die sich an Behörden, Unternehmen, Eigentümer oder private Haushalte richten, ist eine der wenigen Bestimmungen, die bereits im Statistikgesetz von 1870 enthalten war. Die Mitwirkung im Sinne von Absatz 1 betrifft die Einschaltung der Kantone und Gemeinden als Zwischenglieder (intermediäre Erhebungsstellen) und kann eine oder mehrere der folgenden Phasen der Durchführung einer Erhebung umfassen:

- Bestimmung der Befragten und ihrer Adressen aus eigenen Registern;
- Zustellung der Erhebungsunterlagen an die Befragten;
- Rücklauf der Erhebungsunterlagen (inkl. Mahnung der noch ausstehenden);
- Prüfung der Antworten auf Vollständigkeit und Plausibilität (inkl. eventuell notwendige Rückfragen).

Bei Erhebungen, die sich an Gemeinden richten, können kantonale Stellen generell als intermediäre Erhebungsstellen eingesetzt werden. Die Mitwirkung kann obligatorisch oder fakultativ ausgestaltet sein und sich im letzteren Fall auch auf weitere Phasen der Durchführung wie die Datenerfassung erstrecken.

Eine regionale Differenzierung des Ablaufs ist in vielen Fällen notwendig, um den unterschiedlichen Voraussetzungen in den verschiedenen Kantonen und Gemeinden der Schweiz Rechnung tragen zu können. Die Leitung einer Erhebung in konzeptioneller und organisatorischer Hinsicht liegt jedoch immer bei derjenigen Bundesstelle, die gemäss Verordnung über die Durchführung von statistischen Erhebungen des Bundes mit der Erhebung betraut wurde. Ob die Kantone und Gemeinden mitwirken oder nicht, wird für jede Erhebung im Anhang der Verordnung über die Durchführung von statistischen Erhebungen des Bundes geregelt.

Die Erhebungsform der Indirekterhebung bedarf ebenfalls einer Verordnung durch den Bundesrat. Auch wenn es sich aus der Sicht des Bundes um eine statistische Erhebung handelt (der Bund muss sich diese Daten erst beschaffen und kann sie nur für statistische Zwecke verwenden), sind Datensammlungen betroffen, die die Kantone oder Gemeinden und deren Organe für ihre eigenen Verwaltungszwecke angelegt haben. Absatz 2 erlaubt, dass solche Datensammlungen obligatorisch oder aber auch, falls gewisse inhaltliche Bedingungen erfüllt sind, fakultativ zum gänzlichen oder teilweisen Ersatz von Direkterhebungen herangezogen werden.

Die angesprochenen Datensammlungen haben ihre eigenen Rechtsgrundlagen. Sofern es sich dabei um Rechtsgrundlagen im autonomen Kompetenzbereich der Kantone oder Gemeinden handelt, darf der Bund allfällige grundlegende Geheimhaltungsvorschriften nicht einfach auf dem Verordnungswege übergehen. Wenn eine Rechtsgrundlage die Verwendung der Daten für jegliche statistische oder nicht personenbezogene Verwendung ausdrücklich ausschliessen sollte, hätte sich auch die Bundesstatistik aufgrund von Artikel 22 Datenschutzgesetz daran zu halten.

In Absatz 3 wird das allgemein anerkannte, bundesstaatliche Prinzip, dass jedes Gemeinwesen die Kosten für den ihm übertragenen Vollzug trägt, auch auf die Bundesstatistik angewendet. Die Kantone und Gemeinden tragen die Kosten, die ihnen aus der Mitwirkung bei den Erhebungen des Bundes aufgrund von Absatz 1 und 2 entstehen (siehe auch Verordnung über die Durchführung von statistischen Erhebungen des Bundes, Artikel 12).

Artikel 8: Mitwirkung übriger Stellen

Bei der Bundesstatistik wirken nicht nur Kantone und Gemeinden als externe Stellen mit, sondern auch private Organe wie Verbände, Befragungsinstitute oder Planungsbüros. Die Mitwirkung zielt hier nicht nur auf die Mithilfe bei Erhebungen, sondern auch auf konzeptionelle oder analytische Arbeiten, die private Stellen im Auftrag von Bundesstellen mit Daten aus der Bundesstatistik durchführen. Die vertragliche Vereinbarung einer Entschädigung ist die Regel; gewisse Verbände erbringen jedoch unentgeltlich wertvolle Dienste als Zwischenglieder bei an Unternehmen gerichteten Erhebungen der Bundesstatistik.

Für Organe, die aufgrund dieses Artikels mitwirken, gelten die datenschutzrechtlichen Bestimmungen des Bundesrechts, insbesondere das Statistikgeheimnis (Artikel 14); sie können durch vertragliche Bestimmungen im

Einzelfall ergänzt werden. Falls es sich um bezahlte Mandate handelt, muss zusätzlich noch Gewähr dafür bestehen, dass

- die beigezogenen Organisationen die anfallenden Daten nur im Rahmen ihres Mandates bearbeiten;
- die anfallenden Daten nicht mit Daten aus anderen statistischen Arbeiten der beigezogenen Organisationen vermischt werden;
- nach Abschluss des Mandates alle Daten der Bundesstelle übergeben werden.

Artikel 9: Mehrjahresprogramm

Das Mehrjahresprogramm verpflichtet den Bundesrat zu einer offenen und transparenten Gesamtplanung der Statistiktätigkeiten des Bundes. Es ist Bestandteil der Legislaturplanung und gibt damit dem Parlament die Möglichkeit, den Bezug zwischen Statistik und politischen Schwerpunkten zu überprüfen und zu den geplanten Tätigkeiten Stellung zu nehmen. Das Mehrjahresprogramm enthält gemäss Absatz 2 eine Übersicht über den Stand der Statistik in den einzelnen Bereichen, die Schwerpunkte der Statistiktätigkeit, die Aufzählung und Kurzbeschreibung der wichtigen Erhebungsaktivitäten (insbesondere neue, wegfallende und zu revidierende Erhebungen) für die Planungsperiode, sowie den gesamten finanziellen und personellen Aufwand des Bundes für die Statistik im gleichen Zeitraum. Ferner sind die Auswirkungen dieses Programms auf die Befragten und Mitwirkenden, namentlich die Kantone und die Privatwirtschaft, ersichtlich, indem die Massnahmen aufgeführt sind, welche die Belastung der mitwirkenden Kreise begrenzen sollen. Schliesslich gibt das Mehrjahresprogramm Auskunft über die statistischen Tätigkeiten im Bereich der internationalen Zusammenarbeit (siehe Verordnung über die Organisation der Bundesstatistik, Artikel 4).

Dritter Abschnitt: Organisation der Bundesstatistik

Artikel 10: Bundesamt für Statistik

Der 3. Abschnitt des Gesetzes befasst sich mit der Organisation der Bundesstatistik, d.h. mit den Verantwortlichkeiten und gegenseitigen Beziehungen der verschiedenen Bundesorgane, die statistische Arbeiten ausführen oder beratend mitwirken. Das Organisationsmodell der teilweisen Konzentration der Erhebungen beim Bundesamt für Statistik und der wirksamen Koordination der dezentralen Statistik durchzieht die Artikel dieses Ab-

schnittes, indem es die Rechte und Pflichten des Bundesamts und der übrigen Statistikproduzenten und Verwaltungseinheiten insoweit präzisiert, als dies auf Gesetzesstufe nötig ist.

Absatz 1 von Artikel 10 hält den Grundsatz der zentralen Statistikstelle auf Ebene Bundesamt fest. Das Bundesamt für Statistik ist verantwortlich dafür, dass die ihm übertragenen statistischen Dienstleistungen an die verschiedenen Benützerkreise erbracht werden, d.h. dass die Infrastruktur zur Verfügung steht, welche seine laufende oder nach Bedarf anfallende Statistikproduktion und -diffusion sicherstellt. Diese Infrastruktur muss so gestaltet sein, dass sie bei Bedarf auch von den übrigen Statistikproduzenten benützt werden kann. Das Bundesamt ist auch der erste Ansprechpartner für die Benützer von statistischen Informationen.

Absatz 2 führt die wichtigsten Aufgaben des Bundesamtes auf. Gemäss dem Prinzip der teilweisen Konzentration der Erhebungen ist das Bundesamt grundsätzlich Erhebungsstelle für Direkterhebungen, die der Bundesrat aufgrund von Artikel 5 Absatz 1 anordnet. Ausnahmen von diesem Zuweisungsprinzip sind aufgrund von Artikel 11 Absatz 1 möglich (insbesondere betrifft dies Direkterhebungen, die zum Zeitpunkt des Inkrafttretens dieses Gesetzes von Erhebungsstellen ausserhalb des Bundesamtes durchgeführt wurden). Da das Bundesamt Statistiken nicht für sich selbst, sondern für die Benützer produziert, ist eine enge und dauernde Zusammenarbeit mit diesen bei der Gestaltung seiner Erhebungen unerlässlich. Neben seiner Funktion als wichtigste Erhebungsstelle sind in Absatz 2 dem Bundesamt noch folgende Aufgaben zugewiesen:

- die Koordination: Dazu gehören einerseits die Instrumente von Artikel 12, mit denen die zweckmässige und kohärente Ausgestaltung der übrigen Statistiken sichergestellt werden soll, und anderseits die Vorbereitung des die ganze Bundesstatistik abdeckenden Mehrjahresprogramms (Artikel 9). Ferner hat das Bundesamt für ein laufend nachgeführtes Inventar der Bundesstatistiken zu sorgen.
- die Erarbeitung von einheitlichen Grundlagen, d.h. für alle Statistikproduzenten verbindliche Definitionen, Nomenklaturen und Methodengrundsätze, damit die Vergleichbarkeit zwischen den verschiedenen Erhebungen gesichert ist;
- die Sicherung der internationalen Vergleichbarkeit, d.h. einerseits die Koordinationsfunktion für die internationalen Beziehungen der Bundesstatistik bezüglich Konzepte, Methoden und Datenaustausch sowie an-

derseits die Verantwortung für die Ausarbeitung einer internationalen Statistikpolitik zuhanden des Bundesrates;

- die Erarbeitung von Gesamtdarstellungen, bei denen bestehende Statistiken und Verwaltungsdaten so kombiniert werden, dass eine neue Statistik entsteht (Beispiel hierfür ist die Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung).

Absatz 3 verpflichtet das Bundesamt, ein Betriebs- und Unternehmensregister (BUR) zu führen. Das BUR wurde im Anschluss an die Betriebszählung 1975 aufgebaut und enthält Namen, Adressen und einige wichtige Grundmerkmale wie Wirtschaftsart (Branche), Rechtsform und Beschäftigtenzahl. Die geltende Verordnung über das Betriebs- und Unternehmensregister zählt die heute im Register gespeicherten Merkmale abschliessend auf (siehe die Erläuterungen zur BUR-Verordnung).

Der Absatz 4 regelt die Bekanntgabe von Daten an das Bundesamt durch andere Verwaltungseinheiten und durch die übrigen dem Gesetz unterstellten Institutionen. Um seine Funktion bezüglich Koordination, Erarbeitung von Gesamtdarstellungen, Drehscheibe zum Ausland und methodischer Überprüfung durchführen und dem Grundsatz von Artikel 4 Absatz 1 (Verhältnismässigkeit und Schonung der Befragten) Nachdruck verschaffen zu können, benötigt es Ergebnisse aus der Statistikproduktion der übrigen Stellen und Informationen über die angewandten bzw. vorgesehenen Methoden und Inhalte. Absatz 4 gibt dem Bundesamt nun die gesetzliche Grundlage, solche Daten effektiv benützen zu können.

Absatz 5 hält fest, dass spezielle Geheimhaltungspflichten und Sperrungen in der Regel einer Bekanntgabe nur dann entgegengehalten werden können, wenn eine andere Norm auf Gesetzesebene ausdrücklich die Weitergabe oder Verwendung für Zwecke der Statistik ausschliesst. Diese Bestimmung ist nötig, um die Repräsentativität der auf diesem Weg erhaltenen Daten zu garantieren; sie ist inhaltlich analog mit der Schranke für die Übernahme von Daten aus Datensammlungen der Kantone und Gemeinden (Artikel 7 Absatz 2).

Artikel 11: Übrige Statistikproduzenten des Bundes

Alle Verwaltungseinheiten und übrige dem Gesetz unterstellten Organisationen, die gemäss Artikel 5 für Erhebungen verantwortlich sind, müssen als Statistikstelle ausgestaltet sein. D.h., dass diese Verwaltungseinheiten und unterstellen Organisationen entweder ausschliesslich für Statistik und/oder Forschung tätig sind, oder aber eine (oder im Ausnahmefall mehrere) organisatorische Untereinheiten als Statistikstellen ausgliedern, die mit Massnahmen oder Kontrollen gegenüber einzelnen Personen oder Unter-

nehmen nichts zu tun haben (Absatz 2). Diese Statistikstellen bearbeiten die Daten nach den Grundsätzen dieses Gesetzes, d.h. unter Wahrung der Neutralität und Objektivität sowie des Datenschutzes bei der Veröffentlichung und Weitergabe. Eine als Statistikstelle bezeichnete Untereinheit kann aufgrund von Artikel 19 Absatz 2 von anderen Statistikproduzenten des Bundes Einzeldaten für eigene statistische Auswertungen erhalten. Dies ist den übrigen Verwaltungseinheiten aus Datenschutzgründen verwehrt (siehe auch Verordnung über die statistischen Erhebungen des Bundes, Artikel 9).

Artikel 4 Absatz 1 verlangt, dass in erster Priorität Daten, die der Bund aufgrund seiner Verwaltungstätigkeit (Sammlung von Daten beim Vollzug anderer Gesetze, bei Kontroll- bzw. Aufsichtstätigkeiten) besitzt, statistisch ausgewertet werden. Damit kann die Zahl der Erhebungen möglichst gering gehalten werden. Oft liegen diese Daten jedoch nicht in einer Form vor, die eine effiziente Auswertung erlauben; eine entsprechende Aufarbeitung der Daten ist nötig. Diese kann ohne speziellen Rechtserlass erfolgen, wenn ein Bedarf besteht und sich die Daten bezüglich inhaltlicher Kriterien (Repräsentativität, Aktualität, Merkmale) überhaupt eignen. Die statistische Auswertung von Verwaltungsdaten des Bundes ist gemäss Absatz 3 grundsätzlich Aufgabe der Verwaltungseinheiten, Körperschaften oder Anstalten, die die Daten auch für personenbezogene Verwaltungs- oder Aufsichtszwecke bearbeiten. Im Gegensatz zu Erhebungsstellen sind sie nicht verpflichtet, für Statistikarbeiten im Zusammenhang mit eigenen Verwaltungsdaten eine Statistikstelle als Untereinheit auszugliedern und damit eine organisatorische Trennung zwischen personenbezogener und nicht personenbezogener Bearbeitung vorzunehmen.

Die statistische Auswertung von umfangreichen Datensammlungen aus der Verwaltungstätigkeit verlangt jedoch unter Umständen einen beträchtlichen Methodik- und Erfassungsaufwand, mit dem eine primär für Verwaltungsaufgaben zuständige Stelle sich unter Umständen nicht belasten will. In diesem Fall kann im Einvernehmen oder auf Beschluss des Bundesrats das Bundesamt diese Funktion übernehmen, wie z.B. bei der Strafurteilsstatistik. Eine solche Übernahme ist auch dann angezeigt, wenn sehr enge Verbindungen mit anderen Statistiken des Bundesamts bestehen, wenn aus den Daten Statistiken für mehrere Bereiche erstellt werden oder wenn eine der Bedeutung und Menge der Resultate entsprechende Diffusion nicht anders gewährleistet ist.

Absatz 4 schliesslich verpflichtet das Bundesamt, bei Bedarf die übrigen Statistikproduzenten zu beraten und ihnen seinerseits die erforderlichen Ergebnisse und Daten zur Verfügung zu stellen. Personendaten können dabei nur in Ausnahmefällen und unter Beachtung der Datenschutzbestimmungen dieses

Gesetzes Gegenstand der Bekanntgabe im Rahmen dieses Absatzes sein; wenn immer möglich, sind von anderen Verwaltungseinheiten des Bundes verlangte statistische Arbeiten, die einen Rückgriff auf Einzeldaten des Bundesamts erfordern, auch im Bundesamt durchzuführen; Ausnahmen sind am ehesten für die Daten des Betriebs- und Unternehmungsregisters und für die Bekanntgabe von Einzeldaten an Forschungsstellen des Bundes zu erwarten.

Artikel 12: Koordination

Gegenstand der Koordination sind insbesondere die Erhebungstätigkeit und die Erarbeitung von Gesamtdarstellungen aus verschiedenen Einzelstatistiken. Das Bundesamt für Statistik hat rechtzeitig die Projekte für Änderungen, Einführung oder Abschaffung von Erhebungen und Gesamtdarstellungen anderer Bundesstellen aufgrund verschiedener Kriterien zu koordinieren. Diese Koordinationsfunktion ist in Artikel 9 der Verordnung über die Organisation der Bundesstatistik konkretisiert.

Dem Bund fehlt die verfassungsmässige Kompetenz, die autonomen statistischen Aktivitäten der Kantone und Gemeinden in ähnlich verbindlicher Weise zu koordinieren, wie dies auf Bundesebene vorgesehen ist. Er muss sich darauf beschränken, auf dem Wege der freiwilligen Zusammenarbeit eine Koordination anzustreben. Absatz 2 erteilt dem Bund dafür die nötige Kompetenz (siehe Verordnung über die Organisation der Bundesstatistik, Artikel 7).

Er kann auch, im Hinblick auf eine bessere Verwendung für die Bundesstatistik, Harmonisierungsbemühungen auf der technischen und definitorischen Ebene bezüglich kantonaler Verwaltungsdaten und Register fördern (Absatz 2). Dabei ist es unerheblich, ob solche Daten beim Vollzug von Bundesrecht oder aber ausserhalb dessen entstehen. Der Bund kann damit die kantonalen Bestrebungen zur Harmonisierung z.B. von Einwohner- und Gebäuderegistern aus der Sicht der Bundesstatistik (Entlastung der Direktbefragung bei Volkszählungen) wirksamer unterstützen.

Absatz 3 berührt eine weitere wichtige Schnittstelle der Zusammenarbeit: die Beziehung Statistik - Forschung/Hochschulen. Statistische Erhebungen im ETH-Bereich, in der Ressortforschung des Bundes oder im Rahmen von Projekten, die von einer Institution der Forschungsförderung getragen wird, sind mindestens teilweise dem Bundesstatistikgesetz unterstellt. Wie mit den übrigen Verwaltungseinheiten des Bundes sollen jedoch permanente, institutionalisierte (statt bloss fallweise, projektbezogene) Kontakte zwischen Statistik und Forschungsorganen bestehen, um den Datenbedarf der Forschung vorausschauend beurteilen zu können und die Datenlage als wichtiges

Kriterium für die Prioritätensetzung innerhalb der Forschung rechtzeitig einfliessen lassen zu können.

Artikel 13: Kommission für die Bundesstatistik

Die Kommission für die Bundesstatistik hat sich in erster Linie als Beratungsorgan des Bundesrates, des Bundesamtes für Statistik und weiterer Statistikproduzenten des Bundes mit allgemeinen Fragen der Statistik zu befassen. Dazu gehören insbesondere das Mehrjahresprogramm, bereichsübergreifende Fragen sowie Grundsätze betreffend die Diffusion statistischer Ergebnisse. Sie ist zudem ein Gremium, in dem die unterschiedlichen Interessen der Statistikbenützer und der durch die Erhebungen belasteten Kreise zum Ausdruck kommen (siehe Verordnung über die Organisation der Bundesstatistik, Artikel 5).

Vierter Abschnitt: Datenschutz und Datensicherheit

Artikel 14: Datenschutz und Amtsgeheimnis

Das Statistikgeheimnis garantiert, dass die Befragten keine Furcht vor individuellen Nachteilen haben müssen, wenn sie bei statistischen Erhebungen Auskünfte erteilen. Es verlangt, dass solche Angaben ausschliesslich für statistische Zwecke und nicht für Entscheide oder Nachforschungen der Verwaltung über einzelne Personen oder Unternehmen benützt werden dürfen. Alle Personen oder Stellen, die Einzeldaten für die Statistik bearbeiten oder aufbewahren, sind an das Statistikgeheimnis gebunden. Eine nachträgliche Zweckentfremdung von Daten, die eigens für statistische Zwecke erhoben worden sind, ist aufgrund dieses Artikels untersagt. Keine Zweckentfremdung liegt vor, wenn die aus statistischen Erhebungen stammenden Daten einer statistischen Weiterverwendung in anderen Bereichen zugeführt werden; dies entspricht dem Gebot der möglichst weitgehenden Ausnützung der vorhandenen Informationen. Auch die Benützung von Angaben aus einer statistischen Erhebung zur Durchführung weiterer statistischer Erhebungen (z.B. als Stichprobengrundlage) stellt keine Zweckentfremdung dar, es sei denn, dies würde für eine bestimmte Erhebung (wie z.B. die Volkszählung 1990) in einer Verordnung ausdrücklich ausgeschlossen. Das Statistikgeheimnis ist das wesentliche Element des Prinzips der einseitigen Zweckverträglichkeit: Daten, die für Verwaltungszwecke erhoben wurden, können auch gleichzeitig oder nachträglich für statistische Zwecke verwendet werden; umgekehrt ist jedoch eine Verwendung für auf Ein-

zelpersonen gerichtete Vollzugzwecke von Daten, die nur für statistische Zwecke beschafft wurden, verboten.

Aufgrund der Artikel 23 und 24 wird eine Verletzung des Statistikgeheimnisses strafrechtlich (und nicht bloss zivilrechtlich) verfolgt und gegebenenfalls geahndet. Damit wird das Statistikgeheimnis als eine spezielle Geheimhaltungsnorm mit wirksameren Sanktionsmöglichkeiten im Verletzungsfall ausgestattet, als wenn man sich ausschliesslich auf das Datenschutzgesetz stützen müsste.

Eine Durchbrechung des Statistikgeheimnisses ist, wie bei allen speziellen Geheimhaltungspflichten, nur bei einer ausdrücklichen Ermächtigung durch jede betroffene Person oder aber bei einer ausdrücklichen Ausnahmebestimmung auf Gesetzesebene möglich. In Artikel 24 des Datenschutzgesetzes, der die Ausnahmen für den Bereich des Staatsschutzes und der militärischen Sicherheit regelt, bleibt das Statistikgeheimnis hingegen ausdrücklich gewahrt.

Während Absatz 1 sich an alle Organe der Bundesstatistik (Organisationseinheiten der Bundesverwaltung; unterstellte Institutionen gemäss Artikel 2 Absatz 3; sowie alle mitwirkende oder aus Daten der Bundesstatistik weiterverarbeitende Stellen; private Stellen, die im Auftrag der Bundesstatistik tätig sind; Kantone und Gemeinden in ihrer Funktion als intermediäre Erhebungsstellen; Stellen, die Daten zur Auswertung aufgrund von Artikel 19 Absatz 2 erhalten) richtet, regelt Absatz 2 die Geheimhaltung für die Personen, die in diesen Stellen tätig sind. Die Verschwiegenheitspflicht gilt für die betroffenen Personen auch nach Beendigung ihrer Tätigkeit im Rahmen der Bundesstatistik.

Artikel 15: Datensicherheit und Datenaufbewahrung

Absatz 1 übernimmt eine Bestimmung des Datenschutzgesetzes als zentrale Anforderung an die Datensicherheit. Sie verpflichtet alle Stellen, die im Rahmen dieses Gesetzes Personendaten bearbeiten, die notwendigen organisatorischen, baulichen und technischen Massnahmen zum Schutz der Daten vor einem Einsichtnehmen, Kopieren oder vor einer anderen Art des Bearbeitens durch Personen, die dazu nicht befugt sind, zu treffen. Die Sicherheitsvorschrift gilt für alle Daten, bei denen natürliche Personen oder juristische Personen des privaten Rechts bestimmt oder bestimmbar sind, d.h. für sämtliche Daten, die unter die Absätze 2 - 4 fallen. Die Statistikproduzenten haben darüber hinaus aber ein generelles Interesse, die Integrität über Daten durch geeignete Sicherheitsmassnahmen von jeglicher Art von unbefugter Manipulation (Verändern, Löschen, Unkenntlichmachen) zu schützen.

Zur Vorbereitung und Durchführung von Erhebungen braucht es Namens- und Adresslisten der befragten Einheiten. Bei periodisch wiederholten Erhebungen enthalten diese Listen auch ausgewählte weitere Angaben, um bei grossen Veränderungen im Zeitablauf gezielt rückfragen zu können. Diese Datensammlungen sind nicht zu verwechseln mit den bereinigten Einzeldaten nach Abschluss von Datenerfassung und Plausibilisierung, die keinen direkten Namensbezug mehr aufweisen (vgl. Absatz 4). Die in Absatz 2 erwähnten Listen dienen der verantwortlichen Erhebungsstelle des Bundes oder, im Falle einer Mitwirkung externer Stellen aufgrund der Artikel 7 oder 8, auch diesen als internes Hilfsmittel und dürfen weder aufgrund von Artikel 19 Absatz 2 an Dritte bekanntgegeben noch länger als notwendig aufbewahrt werden.

Neben der Vorbereitung und Durchführung einzelner Erhebungen dürfen solche Listen auch für die Koordination der Erhebungen verwendet werden. Hier geht es darum, einerseits die Mehrfachbelastung des gleichen Haushalts bzw. Unternehmens durch verschiedene Erhebungen zu berücksichtigen, und anderseits Substitutionsmöglichkeiten für gewisse Erhebungsmerkmale, die bei direkter Befragung dem Befragten einen grossen Aufwand verursachen, anwenden zu können. Da diese Hilfsmittel namentliche Listen und deshalb nach Personen erschliessbare Datensammlungen sind, erscheinen sie im Register der Datensammlungen und unterliegen den Auskunfts- und Einsichtsrechten, die das Datenschutzgesetz zugunsten der betroffenen Personen in solchen Fällen verankert hat. Dies gilt insbesondere auch für das Betriebs- und Unternehmensregister, dessen Daten aber als einzige namentliche Daten im Bereich der Bundesstatistik während längerer Zeit aufbewahrt und nach den Bestimmungen der Verordnung über das Betriebs- und Unternehmensregister bearbeitet und bekanntgegeben werden können.

Absatz 3 setzt die Bearbeitungsschranken für die andere Form von namentlichem Material, das die Bundesstatistik bearbeitet: ausgefülltes oder teilweise vorgedrucktes Erhebungsmaterial. Im Gegensatz zu den Listen in Absatz 2 ist dieses Material nicht nach Personen erschliessbar; es enthält jedoch im Falle des ausgefüllten Erhebungsmaterials sämtliche Merkmale mit namentlichem Bezug und erfordert deshalb besonderen Schutz. Solches Material darf nur von den zuständigen Erhebungsstellen (verantwortliche Bundesstelle und Mitwirkende gemäss Artikel 7 oder 8) bearbeitet werden, und es muss ohne Einschränkung vernichtet werden, sobald Erfassung und Plausibilisierung abgeschlossen sind. Eine Archivierung irgendwelcher Art ist ausgeschlossen. Den Namen gleichgestellt sind persönliche Identifikationsnummern, d.h. Identifikationsnummer natürlicher Personen, wie z.B. die AHV-Nummer. Nicht unter diesen Begriff fallen allfällige Identifikationsnummern von Unternehmen, Betrieben, Objekten, Parzellen und anderen Einheiten.

Absatz 4 hat die definitiven Einzeldaten ohne namentlichen Bezug zum Gegenstand. Sie sind das eigentliche, bereinigte Rohmaterial der Statistik und müssen über eine lange Zeit bei der zuständigen Statistikstelle des Bundes oder beim Bundesamt für Statistik für zusätzliche Auswertungen aufbewahrt werden. Nach Abschluss der Eingangskontrolle und der Plausibilitätsüberprüfung wird der Name oder die persönliche Identifikationsnummer von natürlichen Personen bzw. die Firma von Unternehmen entfernt. Aus den Adressen werden die für die Auswertung benötigten geographischen Merkmale (z.B. Gemeinde, Hektare) gewonnen. Die für die Auswertung massgebenden Datensätze enthalten weder Namen noch persönliche Identifikationsnummern noch geographische Angaben auf der Ebene einzelner Adressen; damit sind die Personen nicht mehr bestimmt. In Einzelfällen ist jedoch eine Person trotzdem bestimmbar, nämlich dann, wenn bei kleinräumigen Auswertungen oder wegen einer oder mehrerer seltener Merkmalsausprägungen indirekt die betroffene Person identifiziert und dadurch sämtliche Merkmale dieses Datensatzes auf diese Person bezogen werden können. Aus diesem Grund müssen solche Datensätze immer noch nach den für Personendaten massgebenden Bestimmungen bearbeitet werden. Ein Wegfall der Bestimmbarkeit würde die Auswertungsmöglichkeiten, vor allem in geographischer Hinsicht, zu stark einschränken. Ein derartiger Datensatz enthält zwar einige Daten, die als Personendaten anzusehen sind, stellt jedoch keine Datensammlung im Sinne von Artikel 3 Datenschutzgesetz dar, da er nicht über Name oder Adresse nach Personen erschliessbar ist. Es besteht damit auch keine Möglichkeit, festzustellen, ob eine bestimmte Person in diesem Datensatz enthalten ist.

Weiterhin möglich ist die Archivierung der Daten beim Bundesarchiv nach Massgabe der entsprechenden Bestimmungen. Das Statistikgeheimnis muss jedoch auch in diesem Fall zeitlich unbeschränkt gelten, d.h. dass nach Ablauf der üblichen Fristen eine Bekanntgabe der Daten nur möglich ist, wenn eine personenbezogene Verwendung ausgeschlossen ist.

Artikel 16: Anwendung anderer Datenschutzbestimmungen

Absatz 1 verweist auf die Bestimmungen des Datenschutzgesetzes über die Bearbeitung für Forschung, Planung und Statistik als massgebende Rechtsgrundlage für Arbeiten aufgrund des Bundesstatistikgesetzes. Dies betrifft insbesondere dessen allgemeine Bestimmungen über die Rechte der Betroffenen und die Kontrolle über die Einhaltung des Datenschutzes durch die Bundesorgane, immer vorausgesetzt, dass nicht im Datenschutzgesetz selbst schon Ausnahmen von diesen allgemeinen Bestimmungen für die Bereiche der Forschung, Planung und Statistik vorgesehen sind.

Bereits heute erlässt der Bundesrat bei der Regelung einzelner statistischer Erhebungen ergänzende Bestimmungen über den Datenschutz. Dies soll auch künftig so bleiben. Nach Absatz 2 erhält der Bundesrat deshalb die Kompetenz, in den entsprechenden Verordnungen den erhebungs- und bereichsspezifischen Datenschutz wo nötig strenger zu regeln. Das gleiche gilt für die organisatorischen und technischen Massnahmen zur Datensicherheit, durch die die Daten vor dem Zugriff Unbefugter geschützt werden.

Artikel 17: Datenschutz in den Kantonen

Sind kantonale und kommunale Statistikstellen im Auftrag des Bundesamtes für Statistik tätig, so fällt deren Tätigkeit in den Geltungsbereich des Bundesstatistikgesetzes. Absatz 1 bestimmt deshalb konsequenterweise, dass dann in jedem Fall das Statistikgeheimnis nach Artikel 14 und die Bestimmungen zur Datensicherheit nach Artikel 15 gelten. Wo aber kantonales Recht die nicht personenbezogene Datenbearbeitung regelt, soll es neben diesen beiden Bestimmungen anwendbar bleiben. Fehlen solche Vorschriften, gilt das Bundesrecht. Wenn sich die kantonalen Vorschriften und die Bestimmungen nach den Artikeln 14 und 15 widersprechen sollten, ist das Bundesrecht massgebend.

Mit Absatz 2 wird eine Bestimmung des revidierten Volkszählungsgesetzes übernommen und auf alle weiteren Erhebungen, bei denen Kantone und Gemeinden mitwirken, ausgedehnt. Die Kantone sind in der organisatorischen Ausgestaltung dieser Bestimmung frei.

Fünfter Abschnitt: Veröffentlichungen und Dienstleistungen

Artikel 18: Veröffentlichungen

Die Veröffentlichungspflicht nach Absatz 1 ist die Garantie dafür, dass die Ergebnisse der Statistik alle interessierten Kreise erreichen und in deren Lagebeurteilung und Meinungsbildung einfliessen können. Die wichtigsten statistischen Ergebnisse müssen von der Bundesstatistik aktiv und in allen Amtssprachen verbreitet werden. Dies geschieht in der Regel durch Pressemitteilungen und Publikationen, aber auch durch automatische Telefonbeantworter oder über Datenbanken, auf die die Benützer direkt zugreifen können. Je nach Träger und Zielgruppe schliesst die Veröffentlichung eine Interpretation der Zahlen bzw. Informationen über die Datenquellen und die angewandten Methoden sowie Hinweise, wo und wie

detailliertere Ergebnisse erhältlich sind, mit ein. Die Statistikproduzenten haben auch dafür zu sorgen, dass Benützer, die sich für Informationen aus der oder über die Bundesstatistik an sie wenden, bedient werden. Dazu gehören mündliche Auskünfte am Telefon, die Lieferung veröffentlichter Ergebnisse auf anderen Trägern (z.B. Disketten, Auszüge aus der Datenbank) wie auch die Bedienung mit Ergebnissen, die eine Statistikstelle zwar erstellt, aber nicht veröffentlicht hat und nur auf Anfrage bereithält. Der Begriff des Zugänglichmachens deckt diese Diffusionsformen ab. Ausser den mündlichen Auskünften von kurzer Dauer ist die Bedienung mit statistischen Resultaten in der Regel mit Gebühren für den Benützer verbunden, welche die Diffusionskosten zu decken haben.

Grundsätzlich ist jeder Statistikproduzent für die Diffusion seiner Ergebnisse selbst verantwortlich. Absatz 2 verpflichtet aber das Bundesamt für Statistik, die für eine moderne Diffusionspolitik nötigen Einrichtungen (Publikationsgefässe, Datenbanken, Auskunftsstellen) so zu führen, dass Auskünfte und Informationen über die ganze Bundesstatistik erteilt werden können und die Benützer zu den gewünschten Ergebnissen aus der Bundesstatistik gelangen. Damit nicht jeder Statistikproduzent entsprechende Investitionen bei sich tätigen muss, ist das Bundesamt verpflichtet, seine Einrichtungen anderen für die Diffusion ihrer Ergebnisse zur Verfügung zu stellen, wenn sie dies wünschen. Es liegt im Interesse der Benützer, möglichst eine einzige Anlaufstelle für ihre statistischen Anliegen zu haben.

Absatz 3 enthält die Beschränkung der Diffusion von Ergebnissen aus der Sicht des Datenschutzes. Grundsätzlich dürfen die Ergebnisse nicht so fein untergliedert sein, dass Benützer aus einer Statistik ihnen bisher nicht bekannte und auch nicht öffentlich zugängliche Informationen über einzelne Personen oder Unternehmen entnehmen können. Solche Ergebnisse wären wie Personendaten zu behandeln und dürfen in der Regel nur unter den gleichen Bedingungen wie entsprechende Einzeldaten (Artikel 19 Absatz 2) bestimmten Benützerkreisen für statistische Zwecke bekanntgegeben, aber nicht öffentlich zugänglich gemacht werden. Eine Ausnahme besteht dort, wo eine Veröffentlichung gesetzlich vorgeschrieben ist. Aufgrund von Artikel 19 Absatz 2 haben sich auch Statistik- oder Forschungsstellen, die aus Einzeldaten der Bundesstatistik Ergebnisse herstellen, ihrerseits bei der Veröffentlichung an diese datenschutzrechtliche Einschränkung zu halten.

Wegen des hohen Stellenwerts einer offenen Diffusionspolitik darf der Zugang zu den Ergebnissen, ausser wenn Datenschutzgründe dies verlangen, nur in Ausnahmefällen (z.B. wichtige Landesinteressen) eingeschränkt werden. Beschränkungen aus tagespolitischen Erwägungen sind nicht statthaft. Der

Entscheid über die ausnahmsweise Beschränkung des Zugangs zu statistischen Ergebnissen aus diesen Gründen bedarf nach Absatz 4 eines Bundesratsentscheids und liegt nicht in der Kompetenz der einzelnen Statistikproduzenten oder der Departemente, mindestens was den Bereich der engeren Bundesverwaltung anbetrifft.

Artikel 19: Übrige Dienstleistungen

Wie in Absatz 1 ausgesagt wird, erarbeiten die Statistikproduzenten auf Verlangen für einzelne Kunden besondere Auswertungen. Verwaltungseinheiten des Bundes und die übrigen dem Gesetz unterstellten Organisationen sind dabei mit einer höheren Priorität zu berücksichtigen als externe Dritte. Da hier ein Sonderaufwand für Einzelinteressen geleistet werden muss, rechtfertigt sich eine entsprechende zusätzliche Gebühr, die den Arbeits- und gegebenenfalls weiteren Zusatzaufwand (Informatikkosten) abdeckt. Angesprochen sind hier Auswertungen, die aus vorhandenen Daten mit relativ geringem personellem Einsatz erbracht werden können. Personalintensive Bearbeitungen sind nach Absatz 3 zu behandeln.

Absatz 2 übernimmt eine Bestimmung des Datenschutzgesetzes (Artikel 22), welche eine Bekanntgabe von Personendaten für nicht personenbezogene Zwecke erlaubt. Der Absatz spezifiziert diese Bestimmung für Einzeldaten aus der Bundesstatistik, indem vier **kumulativ** zu erfüllende Bedingungen an eine Weitergabe geknüpft werden. Dies sind:

- die möglichst weitgehende Anonymisierung der gelieferten Daten, indem die für den Empfänger unwichtigen Merkmale weggelassen bzw. zusammengefasst werden (Buchstabe a);
- die Nichtweitergabe dieser Daten durch den Empfänger, ausser es liege ausnahmsweise eine ausdrückliche Zustimmung des verantwortlichen Statistikproduzenten vor (Buchstabe b);
- die Aggregationspflicht für veröffentlichte Daten derart, dass eine indirekte Identifizierung ausgeschlossen ist (Buchstabe c); und
- das Vorliegen der institutionellen, organisatorischen und technischen Voraussetzungen für die Einhaltung des Statistikgeheimnisses (Artikel 14) und der übrigen Datenschutzbestimmungen. Die Verletzung des Statistikgeheimnisses durch den Empfänger kann strafrechtlich nach Artikel 23 verfolgt werden.

Als Empfänger von Einzeldaten kommen bundesseitig nur Statistik- und Forschungsstellen, die keine personenbezogenen Vollzugsaufgaben durchführen, in Betracht. Dieselben Kriterien werden angewandt, um die Berechti-

gung für eine Lieferung an externe Dritte zu bestimmen. In jedem Fall enthält Absatz 2 nur eine Kann-Vorschrift; ein Anspruch auf Lieferung von Einzeldaten besteht, unter Vorbehalt von Artikel 10 Absatz 4, nicht. In der Praxis müssen alle Empfänger solcher Daten einen schriftlichen Vertrag unterzeichnen; Empfänger ausserhalb der amtlichen Statistikstellen von Bund, Kantonen oder Gemeinden erhalten diese Daten zudem nur befristet und müssen die Vernichtung der Daten nach Ablauf dieser Frist schriftlich bestätigen.

Absatz 3 regelt die Übernahme personalintensiver statistischer Arbeiten für andere Bundesstellen oder für Dritte durch das Bundesamt. Es ist sinnvoll, wenn solche Arbeiten an einer Stelle durchgeführt werden können, die sowohl das Know-how, die Erfahrung und viele der benötigten Daten besitzt. Der Auftraggeber hat die Kosten ganz, oder falls es sich um ein gemeinsam vom Bundesamt und anderen Stellen getragenes Projekt handelt, anteilmässig zu übernehmen oder das Personal zur Verfügung zu stellen. Die Anordnung von Erhebungen kann aber auf diesem Weg nicht umgangen werden; Aufträge für die Durchführung von Testerhebungen sind jedoch möglich.

Artikel 20: Wiederverwendung durch Dritte

Die Bundesstatistik ist daran interessiert, dass ihre Ergebnisse möglichst vielen Benützern zugute kommen. Deshalb wird für die Wiedergabe der veröffentlichten, zugänglich gemachten oder aus Daten der Bundesstatistik erarbeiteten statistischen Ergebnisse durch Dritte grundsätzlich auf eine besondere urheberrechtliche Bewilligung oder Gebühr verzichtet. Einzige Bedingung ist der Hinweis auf die Bundesstatistik als Quelle. Jedoch will der Bundesrat Gebühren für die kommerzielle Weiterverbreitung durch Dritte einführen können, wozu der entsprechende Vorbehalt von Absatz 2 dient. Für Darstellungen mittels thematischer Karten bleibt ferner die Wiedergabebewilligung des Bundesamts für Landestopographie vorbehalten.

Artikel 21: Gebühren

Der Bundesrat hat die für die in diesem Abschnitt vorgesehenen Veröffentlichungen (Artikel 18) und Dienstleistungen (Artikel 19) der Bundesstatistik eine Gebührenverordnung erlassen, die Verordnung über die Gebühren für statistische Dienstleistungen von Verwaltungseinheiten des Bundes; siehe Kapitel 3 dieser Erläuterungen.

Sechster Abschnitt: Strafbestimmungen

Artikel 22: Verletzung der Auskunftspflicht

Die vorgesehenen Strafbestimmungen sind als ultima ratio gedacht, der ein schriftliches, mehrstufiges Aufklärungs- und Mahnverfahren vorangehen muss. Wie die bisherige Praxis gezeigt hat, genügt in aller Regel bereits die Androhung einer Strafe, und es kommt nur sehr selten zur Verhängung einer Busse.

Artikel 23: Verletzung von Datenschutz und Amtsgeheimnis

Grundsätzlich wird in den Strafbestimmungen nur die vorsätzliche Begehung unter Strafe gestellt. Eine Ausnahme betrifft den Verstoss gegen das Statistikgeheimnis (Artikel 14), wo auch die fahrlässige Begehung strafbar ist. Aufgrund dieses Artikels können sowohl Organe wie Personen verfolgt werden. Die Strafe kann Busse oder, in Anlehnung an die Verletzung anderer Amtsgeheimnisse, Gefängnis betragen.

Artikel 24: Strafverfolgung

In diesem Artikel wird die Aufgabenteilung Bund/Kanton in der statistikrechtlichen Strafverfolgung präzisiert. Sie orientiert sich an der bisherigen Praxis für Verletzungen der Auskunftspflichten und regelt neu die Verletzung des Statistikgeheimnisses durch Kantonsbehörden (inkl. Gemeindebehörden). Mit dem Begriff «zuständiges Departement» ist dasjenige Departement angesprochen, dem die im konkreten Fall verantwortliche Erhebungsstelle zugeteilt ist. Handelt es sich um eine Erhebungsstelle ausserhalb des Bereiches des Verwaltungsorganisationsgesetzes, wird das zuständige Departement in Anlehnung an andere Gesetze bestimmt (z.B. das Eidg. Finanzdepartement für den Bereich der Schweizerische Nationalbank). Besonders wichtig ist zudem Absatz 3, der im Falle von Erhebungen bei Unternehmen ein abgekürztes Verfahren erlaubt. Für die Höhe der Bussen und die Verfahrensregeln sind die Bestimmungen des Strafgesetzbuchs massgebend; wenn der Bund für die Strafverfolgung zuständig ist, auch die übrigen Artikel des Verwaltungsstrafrechts.

Siebenter Abschnitt: Schlussbestimmungen

Artikel 25: Vollzug

Im Hinblick auf die wachsende Bedeutung der internationalen Zusammenarbeit ist Absatz 2 von Bedeutung: danach kann der Bundesrat in eigener Zuständigkeit internationale Abkommen abschliessen. Damit ist es nicht mehr nötig, für Ratifikationen von statistischen Konventionen das Parlament zu bemühen. Die Information des Parlaments über internationale Vereinbarungen ist durch das Mehrjahresprogramm sichergestellt.

Artikel 26: Anhörung

Dieser Artikel war von grosser Bedeutung für den Erlass der Vollzugsbestimmungen. Er verpflichtet die verantwortlichen Bundesorgane, für alle Verordnungen vorgängig die Meinung der betroffenen Kreise in Erfahrung zu bringen. Da die Kantone in praktisch allen Fällen als potentielle Benützer oder als Mitwirkende tangiert sind, bedeutet dieser Absatz de facto einen systematischen Einbezug der Kantone in den Gestaltungsprozess der Bundesstatistik.

Artikel 27: Aufhebung und Änderung von Erlassen

Alle statistischen Arbeiten des Bundes haben in Zukunft auf der Basis und nach den Bestimmungen dieses Gesetzes als hinreichende Rechtsgrundlage zu erfolgen. Aufgehoben werden mit Ausnahme des Bundesgesetzes über die Volkszählung alle bisherigen Erlasse, die sich nur auf die Statistik beziehen (2 Bundesgesetze und 4 Bundesbeschlüsse). Belassen werden Artikel in Gesetzen ausserhalb der Statistik, die dem Bund (ohne Nennung einer bestimmten Verwaltungseinheit) die Kompetenz erteilen, Statistiken zu erstellen, Erhebungen durchzuführen und Auskünfte zu verlangen. Für die Anordnung, Durchführung und Verbreitung von Statistiken, die auf solchen Artikeln beruhen, sind jedoch allein die Bestimmungen des Bundesstatistikgesetzes massgebend.

3 Die Ausführungsverordnungen

3.1 Grundzüge

Die vier folgenden Verordnungen konkretisieren das Bundesstatistikgesetz:

- Verordnung über die Organisation der Bundesstatistik;
- Verordnung über die Durchführung von statistischen Erhebungen des Bundes;
- Verordnung über die Gebühren für statistische Dienstleistungen von Verwaltungseinheiten des Bundes;
- Verordnung über das Betriebs- und Unternehmensregister.

Die Ausführungsbestimmungen müssen verschiedene Funktionen erfüllen:

- Beschreibung und Konkretisierung der Neuorganisation der Bundesstatistik im Sinne einer übersichtlichen, klaren und einheitliche Gestaltung ihrer Aufgaben und unter Einbezug ihrer Partner (Verordnung über die Organisation der Bundesstatistik);
- Vermehrte Transparenz in der Bundesstatistik, namentlich im Bereich der Erhebungen, indem die verzettelten Rechtsgrundlagen möglichst weitgehend durch einen umfassend formulierten Text ersetzt werden (Verordnung über die Durchführung von statistischen Erhebungen des Bundes);
- Zeitgemässe Umsetzung von weiteren, in den obgenannten Verordnungen noch nicht abgedeckten Gesetzesbestimmungen in einer möglichst geringen Anzahl von Ausführungsbestimmungen (Verordnung über die Gebühren für statistische Dienstleistungen von Verwaltungseinheiten des Bundes; Verordnung über das Betriebs- und Unternehmensregister).

Verordnung über die Organisation der Bundesstatistik

Diese Verordnung definiert als erstes den Geltungsbereich des Bundesstatistikgesetzes und wiederholt, dass für die Verwaltungseinheiten nach Artikel 58 des Verwaltungsorganisationsgesetzes (ausgenommen ETH-Bereich, PTT und SBB) das ganze Gesetz gilt, wie dies bereits im Bundesstatistikgesetz geregelt ist (Artikel 2) und legt auch fest, für welche Stellen neben ETH-Bereich, PTT und SBB das Gesetz nur teilweise anwendbar ist.

Im weiteren beschreibt die Verordnung die Instrumente, welche eine offene und transparente Planung der Bundesstatistik sicherstellen: das Mehrjahresprogramm und die Statistikkommission. Sie legt ebenfalls die Einsetzung

zweier Gremien, welche die Zusammenarbeit auf Bundesebene und mit den Kantonen und Gemeinden fördern werden, fest: FEDESTAT und REGIOSTAT. Das Bundesstatistikgesetz überträgt dem Bundesamt für Statistik als zentrale Statistikstelle die Verantwortung für eine wirksame Koordination der Statistiktätigkeit des Bundes. In der Verordnung über die Organisation wird erklärt, was unter dieser Koordination zu verstehen ist. Schliesslich regelt die Verordnung den Datenschutz und die Diffusion.

Verordnung über die Durchführung von statistischen Erhebungen des Bundes

Die Erhebungsverordnung regelt die Erhebungstätigkeit der Verwaltungseinheiten des Bundes sowie diejenige anderer Institutionen, sofern sie Erhebungen aufgrund eines Bundesratsauftrags durchführen. Die Erhebungsverordnung gliedert sich in einen eigentlichen Rechtstext und in einen Anhang.

Der Rechtstext regelt im wesentlichen die Durchführung von Erhebungen (Artikel 3), die Erweiterung von Erhebungen für Kantone und Gemeinden (Artikel 4), den Beizug von Befragungsinstituten (Artikel 5) sowie die Rechte und Pflichten der Befragten (Artikel 6). Weiter enthält er Bestimmungen zur Geheimhaltungspflicht der mit Erhebungen betrauten Stellen (Artikel 7), zur Weitergabe von Daten aus den Erhebungen (Artikel 9), zur Veröffentlichung der Erhebungsergebnisse (Artikel 10) und zur Aufteilung der Kosten (Artikel 12).

Der Anhang enthält eine Auflistung der Erhebungen der Verwaltungseinheiten des Bundes sowie anderer Institutionen, sofern sie vom Bundesrat angeordnet werden. Jede Erhebung wird mit mehreren Merkmalen (Erhebungszweck, -gegenstand, -methode, -periodizität usw.) charakterisiert.

Mit der Verordnung über die Durchführung von statistischen Erhebungen wird ein wichtiger Beitrag zur Straffung der Rechtsgrundlagen der Bundesstatistik geleistet, indem die meisten Erhebungen der Verwaltungseinheiten des Bundes sowie die anderen vom Bundesrat angeordneten Erhebungen in nur noch einer Verordnung geregelt werden (wie es auf dem Gebiet der Konjunkturerhebungen bisher der Fall gewesen war). Als Folge davon konnten zahlreiche Verordnungen aufgehoben werden.

Verordnung über die Gebühren für statistische Dienstleistungen der Verwaltungseinheiten des Bundes

Bisher erhob das BFS seine Gebühren für Dienstleistungen aufgrund der «Verordnung über die Gebühren für Dienstleistungen des Bundesamtes für

Statistik», die - wie es ihr Name sagt - ausschliesslich für das Bundesamt galt. Das Bundesstatistikgesetz beauftragt den Bundesrat, die Gebühren für die Veröffentlichungen, Dienstleistungen und Bewilligungen zu regeln (Artikel 21 Bundesstatistikgesetz). Die vorliegende «Verordnung über die Gebühren für statistische Dienstleistungen von Verwaltungseinheiten des Bundes» gilt für statistische Arbeiten aller Verwaltungseinheiten des Bundes (mit Ausnahme des ETH-Bereichs, der PTT und SBB).

Die von der amtlichen Statistik erarbeiteten Ergebnisse sind in der Philosophie des neuen Bundesstatistikgesetzes ein öffentliches Gut, das damit leicht zugänglich zu machen ist. Dies bedeutet für die Gebührenpolitik der Verwaltungseinheiten des Bundes, dass für die bereitgestellte statistische Information in der Regel nur die Diffusions- und nicht die umfassenden Produktionskosten verrechnet werden - es sei den, die Abnehmer von Informationen nutzten diese zu Erwerbszwecken.

Die Gebührenordnung zum neuen Bundesstatistikgesetz regelt die Gebührenansätze für die Dienstleistungen, welche Verwaltungsstellen des Bundes im Bereich der statistischen Informationstätigkeit erbringen und nennt die Arten dieser Dienstleistungen explizit (Artikel 3). Sie zielt vor allem auf eine einheitliche Gestaltung der Ansätze in der Bundesverwaltung und berücksichtigt verstärkt die modernen, mit der Entwicklung der Informationsgesellschaft entstandenen Diffusionsmöglichkeiten. Hierzu gehören namentlich die elektronische Diffusion (Artikel 13) sowie die Abgabe von statistischen Ergebnissen zur kommerziellen Weiterverwendung (Artikel 15 Absatz 2). Die Gebührenansätze sind in einem Anhang festgelegt, was zur Uebersichtlichkeit der Verordnung beiträgt und eine mühelose Aktualisierung erlaubt.

Nach Benützerkreisen und Nutzungsart der Information differenzierte Regelungen erfüllen die unterschiedlichen Anforderungen bei der Diffusion statistischer Information durch Bundesstelllen, nämlich: leichte Zugänglichkeit und die Möglichkeit einer gezielten, stärkeren Vermarktung der Dienstleistungen. Die Gebührenordnung soll damit auch eine Erhöhung der Einnahmen aus Informationsdienstleistungen ermöglichen. Zentral für die tatsächliche Einahmenverbesserung sind allerdingt nicht allein die einzelnen Regelungen der Gebührenordnung, sondern ebensosehr Infrastrukturmassnahmen, die deren effiziente Anwendung garantieren.

Verordnung über das Betriebs- und Unternehmensregister

Das Betriebs- und Unternehmensregister (BUR) wurde im Anschluss an die Betriebszählung 1975 aufgebaut und enthält Namen, Adressen und einige

wichtige Grundmerkmale aller in der Schweiz existierenden Betriebe und Unternehmen. Es dient als Adressgrundlage für Betriebszählungen und andere statistische Erhebungen des Bundes und war bisher in der «Verordnung über die Führung eines Betriebs- und Unternehmensregisters» vom 12. Dezember 1988 geregelt.

Die Verordnung kann sich nun auf eine einzige Rechtsgrundlage stützen (Artikel 10 Absatz 3 des Bundesstatistikgesetzes), statt wie bisher auf vier verschiedene. Die Führung und die Verwendung des BUR werden in der neuen Verordnung nicht grundsätzlich geändert. Die wesentlichen Neuerungen beziehen sich auf die folgenden Punkte:

- Erfüllen der Anforderungen des neuen Bundesstatistikgesetzes, welches namentlich eine Verstärkung der Zusammenarbeit mit den Kantonen und Gemeinden verlangt: Die BUR-Verordnung erwähnt explizit die Beteiligung der Kantone und Gemeinden an der Führung des BUR (Artikel 2 Absatz 2);
- Umfassende Berücksichtigung der Anliegen des Datenschutzes: die Erfassung, Mutation und Archivierung von BUR-Daten (Artikel 6 und 7), ihre Verwendung (Artikel 8, 9 und 10) und der Zugriff auf das BUR (Artikel 11 und Anhang) werden in neuen Artikeln geregelt;
- Regelung von Inhalt und Quellen des BUR: teilweise revidierte Artikel spezifizieren die registrierten Merkmale (Artikel 3) und die Quellen, aus welchen diese stammen (Artikel 4).

3.2 Die Artikel der Verordnungen im einzelnen

3.2.1 Verordnung über die Organisation der Bundesstatistik

Artikel 1 Zweck

Dieser Artikel enthält eine knappe Inhaltsangabe der Verordnung. Unter dem Stichwort «Zusammenarbeit der verschiedenen Stellen» (c) sind sechs Artikel zusammengefasst, welche einerseits die neuen Gremien beschreiben, die sich mit der Organisation und dem Inhalt der Bundesstatistik befassen, und andererseits die Koordinationsfunktion des BFS präzisieren.

Bei den neuen Gremien handelt es sich um die Kommission für die Bundesstatistik (Artikel 5), um das Kontaktgremium zur Förderung der Zusammenarbeit in der Bundesstatistik FEDESTAT (Artikel 6), um das Kontaktgremium zur Förderung der statistischen Zusammenarbeit zwischen

Bund, Kantonen und Gemeinden REGIOSTAT (Artikel 7) sowie um die bereichsspezifischen Expertengruppen, welche die Statistikproduzenten des Bundes einsetzen können (Artikel 8).

Artikel 2 Anwendungsbereich

Im Bundesstatistikgesetz (Artikel 2) sind nur die vom Bundesrat angeordneten statistischen Arbeiten sowie die Verwaltungseinheiten des Bundes (nach Artikel 58 des Verwaltungsorganisationsgesetzes, ausgenommen ETH-Bereich, PTT und SBB) vollständig dem Gesetz unterstellt. Im übrigen gibt das Gesetz dem Bundesrat die Kompetenz, weitere Institutionen teilweise dem Gesetz zu unterstellen. Die Institutionen, welche teilweise unter das Gesetz fallen, sind im Anhang der Verordnung aufgezählt. Sie lassen sich in zwei Gruppen teilen:

- Einerseits Regiebetriebe des Bundes: der ETH-Bereich (darunter fallen die Eidg. Technischen Hochschulen in Zürich und Lausanne, das Generalsekretariat des ETH-Rates und die vier folgenden Forschungsanstalten: Paul Scherrer Institut, Eidgenössische Forschungsanstalt für Wald, Schnee und Landschaft, Eidgenössische Materialprüfungs- und Forschungsanstalt, Eidgenössische Anstalt für Wasserversorgung, Abwasserreinigung und Gewässerschutz), die PTT und die SBB;
- Andererseits weitere Körperschaften, Anstalten und Private, sofern sie eine regelmässige statistische Tätigkeit aufweisen, und zusätzlich mindestens eines der folgenden Kriterien erfüllen: der Aufsicht des Bundes unterstehen, Finanzhilfen des Bundes erhalten oder sich auf eine Konzession bzw. Bewilligung des Bundes stützen (Artikel 2 Absatz 3 des Bundesstatistikgesetzes).

Absatz 1 nennt die Artikel sowohl des Bundesstatistikgesetzes wie auch der vorliegenden Verordnung, die für die obgenannten teilweise unterstellten Institutionen gelten, wobei für die Schweizerische Nationalbank in Absatz 2 eine Ausnahme gemacht wird. Die Rechtsgrundlage der Schweizeischen Nationalbank ist das Bankengesetz.

Artikel 3 Begriffe

Es wurde darauf verzichtet, in der Verordnung einen ausführlichen Definitionsartikel aufzunehmen. Einige Definitionen finden sich aber am Schluss dieses Kommentars. In diesem Artikel sind lediglich zwei Begriffe erklärt, welche grundlegend für das Verständnis der Verordnung sind.

Absatz 1 erklärt einen Sammelbegriff, der bereits im gleichen Sinn in Artikel 11 Bundesstatistikgesetz verwendet wird: Alle dem Bundesstatistikgesetz vollständig oder teilweise unterstellten Verwaltungseinheiten und Institutionen werden «Statistikproduzenten des Bundes» genannt.

Absatz 2 zählt die Tätigkeiten auf, welche unter «statistischen Arbeiten» zu verstehen sind. Alle Aktivitäten, die unter diese Kategorien fallen, müssen dem Bundesamt für Statistik für die Erstellung des Mehrjahresprogramms gemeldet werden (siehe Artikel 4 der vorliegenden Verordnung).

In Absatz 3 wird verdeutlicht, welche Tätigkeiten nicht als statistische Arbeiten gelten. Interne Übersichten über die Geschäftstätigkeit, z.B. für einen Jahresbericht, für die Budgeterstellung oder die Rechnungsführung, sowie andere zahlenmässige Zusammenstellungen, welche keine repräsentativen Ergebnisse liefern, sind nicht als statistische Tätigkeiten zu betrachten und fallen damit nicht unter die Bestimmungen des Bundesstatistikgesetzes und der Verordnungen.

Artikel 4 Mehrjahresprogramm

Das Mehrjahresprogramm enthält:

- eine Aufstellung der Ziele und Prioritäten der Statistikpolitik des Bundes (Absatz 1), welche die Art und Entwicklung der wichtigsten statistischen Tätigkeiten sowie ihre Beziehungen zum Legislaturprogramm und anderen politisch wichtigen Bereichen umschreibt. Sie umfasst ebenfalls Angaben über die Massnahmen, welche die Bundesstatistik getroffen hat, um die Belastung der an Erhebungen mitwirkenden Kreise - namentlich Kantone, Gemeinden und Privatwirtschaft - zu begrenzen, sowie über die internationale Zusammenarbeit. Schliesslich gibt sie über die finanziellen und personellen Mittel Auskunft, die für die vorgesehenen Tätigkeiten nötig sind. Damit erlaubt das Mehrjahresprogramm dem Bundesrat eine offene und transparente umfassende Planung der statistischen Tätigkeiten des Bundes.
- einen Anhang, der die statistischen Tätigkeiten detaillierter beschreibt. Aufgrund seines Detaillierungs- und Spezialisierungsgrades wird er dem Mehrjahresprogramm nicht unbedingt beigelegt, sondern wird auf Anfrage bei der Koordinations- und Planungsstelle des Bundesamtes für Statistik erhältlich sein.

Damit die Koordination des Mehrjahresprogramms mit dem Legislaturprogramm gewährleistet wird, nimmt das Bundesamt an der Vorbereitung

des Legislaturprogramms teil, wie Absatz 2 es vorsieht. Die Bundeskanzlei, welche für das Legislaturprogramm zuständig ist, unternimmt die nötigen Schritte, um diese Koordination sicherzustellen.

Das Bundesamt für Statistik erstellt das Mehrjahresprogramm aufgrund der Informationen, welche ihm die Statistikproduzenten des Bundes nach Absatz 4 liefern. Nach der Ausarbeitung des Entwurfs des Mehrjahresprogramms wird er mit den interessierten Kreisen (Kantone, Gemeinden, Wissenschaft, Privatwirtschaft und Sozialpartner) diskutiert, damit ihren Informationsbedürfnissen soweit als möglich entsprochen werden kann (Absatz 3). Diese Zusammenarbeit findet vor allem im Rahmen von FEDESTAT, REGIOSTAT und der Kommission für die Bundesstatistik statt. Danach kann die Kommission für die Bundesstatistik noch Inhalt, Ausrichtung und Prioritäten ändern. Schliesslich legt das Bundesamt das Mehrjahresprogramm dem Bundesrat vor, der es prüft, gutheisst und dem Parlament zur Kenntnis bringt. Dieses hat somit die Möglichkeit, den Stellenwert der Statistik im Verhältnis zu den politischen Zielen zu überprüfen und sich zu den vorgesehenen Tätigkeiten zu äussern. Es ist frei, darüber zu debattieren und Änderungen vorzuschlagen.

Das Mehrjahresprogramm umfasst eine fixe Zeitspanne, nämlich die Legislaturperiode. Damit der Entwicklung der Nachfrage nach statistischem Material, dem Informations- und Koordinationsbedürfnis und der Budgetplanung des Bundes Rechnung getragen werden kann, muss das Mehrjahresprogramm während der Legislaturperiode in Form einer rollenden Planung nachgeführt werden.

Diese Nachführung stützt sich auf die Informationen, welche die Statistikproduzenten des Bundes nach Absatz 5 dem Bundesamt liefern, sobald eine neue statistische Tätigkeit oder eine Revision bzw. Aufhebung einer bestehenden geplant wird. Die rollende Planung wird auch im Rahmen von FEDESTAT und REGIOSTAT besprochen und der Kommission für die Bundesstatistik vorgelegt. Diese rollende Planung dient vor Beginn jeder Legislaturperiode als Grundlage für die Ausarbeitung des neuen Mehrjahresprogramms.

Jedes Jahr arbeitet die Kommission für die Bundesstatistik zu Handen des Bundesrats einen Bericht über den Stand der im Mehrjahresprogramm vorgesehenen Arbeiten und die Entwicklung der rollenden Planung aus (siehe Artikel 5).

Artikel 5 Kommission für die Bundesstatistik

Wie im Bundesstatistikgesetz festgehalten wird, ist die Kommission in erster Linie ein Beratungsorgan für Bundesrat, Bundesamt für Statistik und die

übrigen Statistikproduzenten des Bundes. In dieser Funktion befasst sie sich also nicht mit Fragen der Erhebungstechnik oder der Methodologie, sondern mit dem Inhalt wichtiger Erhebungen oder Projekte, die für die Statistikpolitik von Bedeutung sind.

Namentlich äussert sie sich zur Erstellung, Begleitung und Evaluation des Mehrjahresprogramms (siehe Kommentar zu Artikel 4). Ihre weiteren Aufgaben sind unter Absatz 1 zusammengefasst; ein Geschäftsreglement präzisiert die Einzelheiten ihrer Tätigkeit und ihrer Organisation. Die Kommission fördert die Zusammenarbeit und die Koordination innerhalb der amtlichen Statistik und mit den wichtigsten Partnern und wahrt die Interessen, Rechte und Pflichten der vertretenen Kreise, sie achtet auch darauf, dass das statistische System den Anforderungen einer demokratischen Gesellschaft entspricht, indem sie versucht, die zukünftigen Bedürfnisse an statistischer Information abzuschätzen und Massnahmen zu ergreifen, welche der Sicherstellung der räumlichen und zeitlichen Vergleichbarkeit der statistischen Informationen dienen. Kurz: die Kommission soll das statistische System zu einer «statistischen Kultur» wachsen lassen.

Die Kommission hat die bisherigen ausserparlamentarischen Statistikkommissionen (Kommission für Konjunktur- und Sozialstatistik, Kommission für die Strafvollzugsstatistik und Kommission für die Schulstatistik) ersetzt; sie wird die Interessen aus den betreffenden - und weiteren - Gebieten jedoch auch in Zukunft durch geeignete Vertreter wahren. In der Kommission sind die Kantone, die Gemeinden, die Wissenschaft, die Privatwirtschaft, die Sozialpartner sowie die Statistikproduzenten des Bundes vertreten, wie das Bundesstatistikgesetz (Artikel 13) vorsieht. Aus den Aufgaben der Kommission ergibt sich klar, dass sie nicht in erster Linie aus eigentlichen Statistikvertretern (diese werden in andern Gremien berücksichtigt, siehe unten) bestehen soll, sondern aus den Vertretern der verschiedenen Interessengruppen und Statistikbereiche.

Artikel 6 und 7 Zusammenarbeit zwischen den Statistikproduzenten des Bundes und mit den Kantonen und Gemeinden

Die Förderung der Zusammenarbeit aller mit statistischen Arbeiten betrauten Stellen, insbesondere zwischen den Statistikproduzenten des Bundes und mit den Kantonen und Gemeinden, ist eines der Hauptanliegen des Gesetzes. Um diesem Anliegen gerecht zu werden, wurden zwei Kontaktgremien eingesetzt: eines auf Bundesebene, FEDESTAT, und eines auf regionaler Ebene, REGIOSTAT. Die genauen Aufgaben und Funktionen der beiden Kontaktgremien werden nicht in der Verordnung beschrieben, sondern im jeweiligen Geschäftsreglement.

FEDESTAT

Dieses Kontaktgremium zur Förderung der Zusammenarbeit in der Bundesstatistik vereint die Statistikproduzenten des Bundes. Durch dieses Gremium sollen die Kontakte zwischen den Statistikproduzenten institutionalisiert werden und eine «unité de doctrine» angestrebt werden, welche sich auf die statistische Information positiv auswirken wird. Die Einsetzung dieses Gremiums ermöglicht dem Bundesamt für Statistik auch, seine Aufgabe als spezialisiertes Amt wahrzunehmen und die Koordination der Bundesstatistik sicherzustellen. FEDESTAT wird sich im wesentlichen mit folgenden Themen befassen:

- Mitarbeit an der Erstellung des Mehrjahresprogramms und des Inventars der statistischen Arbeiten;
- Harmonisierung der Bundesstatistik;
- Information über die laufenden statistischen Arbeiten;
- Förderung von interdisziplinären Projekten;
- Überprüfung und Evaluation der Anwendung des Bundesstatistikgesetzes;
- Aus- und Weiterbildung im Bereich der Statistik;
- Zusammenarbeit zwischen Statistik und Forschung und im internationalen Bereich;
- Diffusionspolitik;
- Kontakte mit den Kantonen und Gemeinden.

Mitglieder von FEDESTAT sind, unter Präsidium des Direktors des BFS, der Chef der KPS des BFS sowie ein weiteres Direktionsmitglied des Bundesamtes, die Leiter der Statistikstellen der Bundesverwaltung und die Leiter der Statistikstellen der dem Bundesstatistikgesetz teilweise unterstellten Institutionen.

REGIOSTAT

Das Bundesstatistikgesetz sieht eine Verstärkung der nationalen Zusammenarbeit in der Statistik vor (Artikel 1 des Bundesstatistikgesetzes), namentlich der Zusammenarbeit mit den Kantonen (die Zusammenarbeit mit den Städten oder den Gemeinden ist nicht explizit im Gesetz erwähnt, ist aber selbstverständlich Teil der Kooperation mit den Kantonen). Das Gesetz überträgt dem Bundesamt für Statistik die spezifische Aufgabe, die Statistiken des Bundes und der Kantone zu koordinieren (Artikel 12 des Bundesstatistikgesetzes). Es sieht ebenfalls vor, dass das Bundesamt für Statistik in Fragen der

Forschung und der Bildung, die mit der Statistik zusammenhängen, mit den Kantonen und Institutionen zusammenarbeitet. Darüber hinaus hat das Bundesamt für Statistik, besonders bei der Ausarbeitung des Mehrjahresprogramms, den Informationsbedürfnissen der Kantone Rechnung zu tragen.

So kodifiziert das Bundesstatistikgesetz die Beziehungen zwischen Bund und Kantonen auf dem Gebiet der Statistik. Auch wenn die Beziehungen zwischen den regionalen Statistikstellen und dem Bundesamt für Statistik bereits in der Vergangenheit verstärkt und institutionalisiert wurden, insbesondere durch die Schaffung von REGIOSTAT im Juni 1982, bedeutet die neue rechtliche Grundlage einen solideren Ausgangspunkt innerhalb von zusammenhängenden, gesamtschweizerischen Strukturen. Endlich kann von einem wirklichen statistischen Informationssystem der Schweiz die Rede sein.

Auch wenn vom neuen Kontaktgremium zur Förderung der statistischen Zusammenarbeit zwischen Bund, Kantonen und Gemeinden der Name REGIOSTAT von der 1982 gegründeten Institution übernommen wurde, hat sich der Inhalt natürlich geändert. Es ist eine Konferenz entstanden, die nicht mehr nur das Instrument des Bundesamtes für Statistik, sondern der amtlichen Statistik der Schweiz ist. Das Bundesamt für Statistik spielt zwar aufgrund seines Koordinationsauftrags eine massgebliche Rolle, jedoch ist das Endziel von REGIOSTAT, das Fundament eines statistischen Informationssystems der Schweiz zu legen.

REGIOSTAT dient der Diskussion und Erarbeitung der gesamten konzeptionellen Infrastruktur der amtlichen Statistik: Nomenklaturen, Klassifikationen, Definitionen, Methodologien, Statistik-Software usw. Die verschiedenen Projekte auf Bundesebene werden begleitet und konkrete Schritte im Hinblick auf die Zusammenarbeit unternommen. Jedoch nimmt REGIOSTAT neben diesen technischen Aufgaben auch an der politischen Diskussion teil, indem es sich zum Mehrjahresprogramm äussern kann.

Mitglieder von REGIOSTAT sind die kantonalen Statistikämter, die statistischen Stellen der Kantone, die über kein eigenes Amt für Statistik verfügen sowie die statistischen Dienste der Städte. Dem Präsidenten von REGIOSTAT, dem Direktor des BFS, stehen je ein Vertreter der französischen oder italienischen und der deutschen Schweiz als Vizepräsidenten zur Seite. Der Direktor des BFS, je der Präsident und der Vizepräsident von DRSA (Gruppe Deutschschweizerischer Regionaler Statistischer Ämter) und GORT (Groupe des Offices de statistiques de la Suisse Romande et du Tessin), ein Direktionsmitglied und der Chef der Koordinations- und Planungsstelle des BFS bilden den Ausschuss von REGIOSTAT. Dieser erledigt die laufenden

Geschäfte, u.a. bereitet er auch die REGIOSTAT-Sitzungen vor. Damit der Informationsfluss gewährleistet wird, können zwei Mitglieder des Ausschusses an den Sitzungen von FEDESTAT teilnehmen.

REGIOSTAT kann frei entscheiden, ob es für die Behandlung von spezifischen Fragen, die mit der Umsetzung der schweizerischen Statistikpolitik verbunden sind, Untergruppen einsetzen will. REGIOSTAT ist jedoch nicht mit der Leitung oder Begleitung von bestimmten Statistikprojekten (Volkszählung, Betriebszählung usw.) beauftragt. Für solche Projekte setzen das Bundesamt für Statistik und die Kantone (Städte) ad hoc-Arbeitsgruppen ein, wie es auch früher der Fall war. Der Entscheid, solche Arbeitsgruppen zu schaffen, fällt REGIOSTAT zu, das auch über die allgemeine Entwicklung der Arbeit informiert werden muss. Bei der Behandlung aller Fragen, die sich in diesem Forum aus der Diskussion über bundesstatistische Tätigkeiten ergeben, die nicht unter die Verantwortung des Bundesamtes für Statistik, sondern anderer Bundesämter fallen, können Vertreter der betreffenden Ämter an den Zusammenkünften von REGIOSTAT anwesend sein.

Konkret hat dieser Neubeginn gewisse Folgen, sowohl für das Bundesamt für Statistik als auch für die Kantone. Seitens des Bundesamtes für Statistik werden die Instrumente der Information, Kommunikation, Koordination und Entscheidfindung in Bezug auf die Kantone verstärkt. Seitens der Kantone sollte zum einen - wo nötig - die Stellung der in den kantonalen Verwaltungen bereits bestehenden statistischen Ämter verbessert werden. Zum andern wurden dort, wo (noch) keine kantonalen Statistikstellen existieren, Verantwortliche für die kantonale Statistik bestimmt. Im Klartext heisst dies, dass REGIOSTAT zu einem Instrument der statistischen Kooperation zwischen Bundesamt für Statistik (und damit des Bundes) und der kantonalen Statistikstellen (und damit der Kantone) umgestaltet wurde.

Artikel 8 Bereichsspezifische Expertengruppen

Hier handelt es sich in der Regel um ständige Expertengruppen, die zur Unterstützung des Bundesamtes für Statistik oder der übrigen Statistikproduzenten des Bundes gebildet werden können. Sie befassen sich mit konkreten Fragen, welche das Bundesamt und die Statistikproduzenten bei der Erfüllung ihrer Aufgaben beschäftigen, und sie tragen mit ihrem Fachwissen auch dazu bei, Doppelspurigkeiten bei der Planung von Projekten und Erhebungen zu vermeiden. Solche Expertengruppen können sich unter anderem folgenden Themen widmen:

- Vorbereitung der Koordination des Mehrjahresprogramms in einzelnen Bereichen

- Diskussion und Stellungnahme zu einzelnen Projekten des Mehrjahresprogramms (Konzepte für Revisionsvorhaben, neue Nomenklaturen, wichtige Änderungen bei laufenden Erhebungen)
- Stellungnahme zu Projekten der Ressortforschung, welche mit Daten der amtlichen Statistik arbeiten oder sonst statistikrelevant sind.

Bisher wurden acht Expertengruppen eingesetzt, die z.T. bestehende Arbeits- und Begleitgruppen oder frühere Kommissionen ablösten: Soziale Sicherheit, Wirtschaftsstatistik, Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung, Raum, Umwelt und Energie, Verkehrsstatistik, Allgemeine Bildungsfragen, Hochschulen und Wissenschaft sowie Kriminalstatistik.

Artikel 9 Koordination

Das Bundesstatistikgesetz beauftragt das Bundesamt für Statistik, die Bundesstatistiken zu koordinieren, und zwar mit folgenden Zielen:

- repräsentative und harmonisierte Informationen über den Zustand und die Entwicklung von Bevölkerung, Wirtschaft, Gesellschaft, Raum und Umwelt in der Schweiz zu liefern;
- die Produktion von statistischen Informationen auf der Grundlage von fachlich unabhängigen wissenschaftlichen Methoden zu fördern;
- die Anwendung effizienter statistischer Techniken zu verbreiten, damit die Belastung der Datenlieferanten möglichst gering gehalten wird.

Diese Koordination ist eine der zentralen Regelungen des neuen Bundesstatistikgesetzes, und das Mehrjahresprogramm (Artikel 4 der Verordnung) ist ihr wichtigstes Instrument. Das Mehrjahresprogramm liefert nämlich eine Uebersicht über die statistischen Tätigkeiten und erlaubt damit, frühzeitig Kenntnis der verschiedenen Projekte zu erhalten. Damit ist es möglich, mit der Koordination innert nützlicher Frist, d.h. bereits während der Planungs- und Konzeptionsphase einer statistischen Tätigkeit einzusetzen. Zudem wird das Bundesamt für Statistik in die Lage versetzt, seine Dienstleistungen in den Bereichen der Metadaten (Definitionen, Klassifikationen, Nomenklaturen) und der statistischen Methodologie zu erbringen. Schliesslich schafft das Mehrjahresprogramm die Rahmenbedingungen für die Zusammenarbeit und den Erfahrungsaustausch der amtlichen Statistikorgane.

Die Koordination im Rahmen des Mehrjahresprogramms

Sobald eine neue statistische Tätigkeit oder die Revision bzw. Aufhebung einer bestehenden geplant wird, liefern die Statistikproduzenten des Bundes dem

Bundesamt für Statistik die zur Nachführung des Mehrjahresprogramms notwendigen Informationen (gemäss Artikel 4 Absatz 5). Die Koordination muss sicherstellen, dass diese neuen bzw. revidierten Tätigkeiten mit den Zielen der Statistikpolitik des Bundesrates übereinstimmen und dass sie den Grundsätzen des Bundesstatistikgesetzes entsprechen, namentlich betreffend Datenerfassung, Datenschutz und Qualitätsstandard der Bundesstatistik.

Die Koordination während der Konzeption und der Umsetzung der statistischen Tätigkeiten

Bei der Aufnahme einer statistischen Tätigkeit im Mehrjahresprogramm bestimmt das Bundesamt für Statistik in Einvernahme mit der verantwortlichen Statistikstelle den Termin, an welchem die Konsultation gemäss Absatz 1 stattfinden soll, und es evaluiert die Bedürfnisse nach einer Unterstützung bei der Methodologie (Absatz 2). So können möglichst effiziente Methoden gewählt werden, welche qualitativ hochstehende Resultate bei gleichzeitiger minimaler Belastung der Datelieferanten ermöglichen.

Diese Unterstützung, welche das Bundesamt für Statistik den Statistikproduzenten des Bundes sowie den regionalen Statistikstellen anbietet, besteht aus einer punktuellen und zeitlich begrenzten Beratung zu Fragen der statistischen Methodologie. Sie betrifft Erhebungskonzepte und -techniken, die Formulierung der Fragebogen, die Verwendung von Nomenklaturen, die Methoden der Schätzung und der statistischen Analyse sowie die Konzepte der Register, der Uebersichten und der Synthesestatistiken. Wo weiterführende methodologische Arbeiten unternommen werden müssen, kann das Bundesamt nach Rücksprache mit der betroffenen Statistikstelle einem Dritten ein entsprechendes Mandat übertragen, sofern diese Statistikstelle die Kosten übernimmt.

Bei der in Absatz 1 erwähnten Konsultation liefert die verantwortliche Statistikstelle dem Bundesamt für Statistik detaillierte Auskünfte über die geplante statistische Tätigkeit, namentlich:

- bei Erhebungen enthalten sie deren Ziele; die Fragebogen, die betroffenen Methodologien, Definitionen und Nomenklaturen, die Periodizität sowie die obligatorische oder fakultative Auskunftserteilung;
- eine Beschreibung der Datenquellen und der Methoden bei Uebersichten und Synthesestatistiken;
- Informationen betreffend die Schaffung und die Aktualisierung von Klassifikationen, Nomenklaturen und Terminologien müssen deren Ziele, Anwendungsbereiche sowie allfälligen Folgen auf das Statstiksystem beschreiben.

Absatz 1 sieht auch vor, dass das Bundesamt für Statistik vor der Schaffung, Änderung oder Aufhebung von administrativen Datensammlungen und Registern des Bundes, welche für die Zwecke der Bundesstatistik geeignet sind, konsultiert wird. Die verantwortliche Statistikstelle liefert Informationen über Inhalt, Struktur und Aktualisierungsmechanismen dieser Daten sowie über die verwendeten Definitionen und Nomenklaturen. Es handelt sich hier zwar nicht um eine Konsultation über eine statistische Tätigkeit im engeren Sinn von Artikel 3, aber es geht darum, dem Bundesamt für Statistik zu erlauben, Einfluss auf Struktur und Inhalt von administrativen Daten und Registern des Bundes zu nehmen, um im Rahmen von bundesstatistischen Tätigkeiten auf sie zurückgreifen zu können, wie es das Bundesstatistikgesetz vorschreibt (Artikel 4 Bundesstatistikgesetz).

Die bei dieser Konsultation gelieferten Angaben erlauben ebenfalls die Aufnahme der vorgesehenen statistischen Tätigkeit in die Verordnung über die Durchführung von statistischen Erhebungen des Bundes und in das *Inventar der Bundesstatistiken* (Absatz 4). Jede grundlegende Änderung einer statistischen Tätigkeit, die in der Zeit nach dieser Konsultation stattfindet, muss dem Bundesamt für Statistik mitgeteilt werden.

Das Inventar enthält eine detaillierte Aufzählung aller statistischen Tätigkeiten der Statistikproduzenten des Bundes. Nebst Name und Beschreibung jeder statistischen Tätigkeit gibt es Auskunft über:

- die verantwortliche Statistikstelle;
- die Art der statistischen Tätigkeit (Teil-, Stichprobe-, Vollerhebung, Synthesestatistik, Nomenklatur, Register);
- Art der Erhebung (direkt, indirekt, auf administrativen Quellen beruhend);
- die Datenquellen;
- freiwillige oder obligatorische Auskunftserteilung;
- Umfang, Datum und Periodizität der Erhebung;
- Diffusion der Ergebnisse;
- nationale und internationale Kooperation.

Das Inventar (Absatz 4) wird am Ende jedes Jahres aufgrund der von den Statistikproduzenten des Bundes gelieferten Informationen überarbeitet und den Produzenten und Benützern von Statistiken zur Verfügung gestellt.

Die Verbesserung der Rahmenbedingungen in der Bundesstatistik

Die Qualität der Bundesstatistik hängt stark von den Rahmenbedingungen ab, in denen sie sich bewegt, und die es zu verbessern gilt.

Das Ausbildungsangebot im Fach Statistik ist ein wichtiges Element dieser Rahmenbedingungen. Daher bietet das Bundesamt für Statistik den Statistikproduzenten des Bundes ein Ausbildungsprogramm in den wichtigsten Bereichen der amtlichen Statistik an (Absatz 2). Durch das Ausbildungsprogramm soll die Arbeit der verschiedenen Statistikproduzenten eine gemeinsame Basis erhalten. Die regionalen statistischen Ämter können sich an diesem Ausbildungsprogramm beteiligen, wobei sie für eine entsprechende Finanzierung sorgen. Soweit wie möglich wird mit den Hochschulen zusammengearbeitet.

Auch sollen die Erkenntnisse der Forschung und der Praxis festgehalten und in der Bundesstatistik einheitlich angewandt werden. Deshalb werden Empfehlungen und Richtlinien vom Bundesamt für Statistik, mit Hilfe der bereichsspezifischen Expertengruppen erstellt und nach Anhörung der betroffenen Kreise und im Einvernehmen mit der Statistikkommission vom Bundesamt für Statistik verabschiedet (Absatz 3).

- **Empfehlungen** sind in erster Linie eine Hilfe für die Statistikproduzenten. Ihre Anwendung ist nicht obligatorisch.
- Wichtige Empfehlungen können als obligatorisch erklärt und damit zu **Richtlinien** erhoben werden. Die Statistikproduzenten des Bundes, welche ganz dem Bundesstatistikgesetz unterstellt sind, sind verpflichtet, sich an die Richtlinien zu halten. Richtlinien könnten z.B. die Verwendung von Nomenklaturen betreffen.

Das Bundesamt für Statistik hilft den Statistikproduzenten des Bundes bei der Anwendung von Empfehlungen und Richtlinien durch Beratung (Absatz 2) und durch geeignete Werkzeuge (z.B. Nomenklaturserver, Datenbank).

Darüberhinaus wird die Vertretung der Bundesstatistik in internationalen Gremien durch das Bundesamt für Statistik koordiniert (Absatz 5), damit nicht mehrere Statistikproduzenten parallel in ähnlichen Themen an internationale Organisationen oder ans Ausland herantreten. Gleichzeitig soll die Information über die Kontakte an alle Statistikproduzenten weitergegeben werden.

Schliesslich erfolgt die Sicherstellung bzw. die Koordination des Datenaustausches zwischen der Bundesstatistik und den internationalen Organisationen über das Bundesamt für Statistik, welches bei Datenaustausch über Netzwerke mit dem Bundesamt für Informatik zusammenarbeitet (Absatz 5).

Artikel 10 Datenschutz und Datensicherheit

Das Bundesstatistikgesetz enthält bereits die notwendigen Artikel über den Datenschutz und die Datensicherheit und weist auch auf das Datenschutz-

gesetz hin, so dass eine Wiederholung solcher Bestimmungen in der Verordnung unnötig sind. Die erwähnte «Verordnung über den Schutz der Informatiksysteme und -anwendungen in der Bundesverwaltung» schützt alle Bereiche der Datenverarbeitung (Standorte, Systeme, Kommunikation, Dokumentation usw.) und gilt für alle Verwaltungseinheiten des Bundes nach Artikel 58 des Verwaltungsorganisationsgesetzes. Ihr Geltungsbereich wird mit diesem Artikel auf alle statistischen Arbeiten der Statistikproduzenten des Bundes ausgedehnt.

Artikel 11 Diffusion

Statistische Information stellt ein wichtiges Element in der Meinungs- und Entscheidbildung dar; die wichtigsten statistischen Ergebnisse und Grundlagen sind deshalb durch eine entsprechende Vielfalt von Medien aktiv an spezielle Benutzerkreise wie auch an die allgemeine Oeffentlichkeit zu bringen, bzw. über eine entsprechende Dienstleistung zugänglich zu machen. Eine spezielle Gebührenordnung regelt dabei im einzelnen die Abgabebedingungen.

Zur Unterstützung dieser Diffusionstätigkeit bietet das Bundesamt für Statisitk seine Diffusionsmittel - insbesondere seine Publikationsgefässe und die Datenbanken STATINF und GEOSTAT - auch den übrigen Statistikproduzenten des Bundes und teilweise weiteren Datenlieferanten an. Dies kann nicht global geschehen, sondern bedarf einer den jeweiligen Fall berücksichtigenden vorgängigen Regelung, so beispielsweise betreffend Art der Inanspruchnahme der Einrichtungen, Datenlieferung, Abdeckung der entstehenden Kosten oder organisatorische Aspekte.

3.2.2 Verordnung über die Durchführung von statistischen Erhebungen des Bundes

Artikel 1 Zweck und Geltungsbereich

Absatz 1 weist darauf hin, dass sich die Verordnung in einen eigentlichen Rechtstext und in einen Anhang gliedert. Der Text regelt die Erhebungstätigkeit der Verwaltungseinheiten des Bundes sowie derjenigen Institutionen, die Erhebungen im Auftrag des Bundesrates durchführen. Der Anhang enthält die Auflistung dieser Erhebungen, die jede mit mehreren Merkmalen charakterisiert wird (Zweck, Gegenstand, Methode, Periodizität usw.). Dieser Anhang wird regelmässig, voraussichtlich jährlich, revidiert werden, um den Änderungen in der statistischen Tätigkeit Rechnung zu tragen.

Gemäss Absatz 2 gilt die Verordnung für alle Erhebungen, ob sie mit einer Befragung verbunden sind oder nicht. Im ersten Fall spricht man von Direkterhebungen (bei denen in der Regel die Befragten über sich selber Auskunft erteilen), im zweiten von Indirekterhebungen (die sich ganz oder teilweise auf Verwaltungsdaten abstützen). Sie gilt aber auch für die Auswertung von Verwaltungsdaten, die sozusagen als «Nebenprodukt» bei der administrativen Tätigkeit der Verwaltungseinheiten und Institutionen anfallen, ohne dass sie zu einem statistischen Zweck aktiv erhoben wurden. Entsprechend Artikel 4 Bundesstatistikgesetz dürfen administrative Daten für statistische Zwecke verwendet werden; um dem Gebot der Verhältnismässigkeit und Schonung der Befragten zu folgen, sind solche Daten wenn immer möglich in erster Priorität zu benutzen.

Für die Aufnahme einer statistischen Aktivität im Anhang wurden folgende Kriterien beachtet:

- Erhebungen mit oder ohne Befragung: die Erhebungen müssen regelmässig oder periodisch (d.h. mindestens einmal alle 10 Jahre) durchgeführt werden. Die erhobenen Daten müssen ausgewertet, aufbereitet und der Öffentlichkeit zur Verfügung gestellt werden; in der Regel sind die Resultate zu publizieren.
- Auswertung von administrativen Daten: die Auswertungen müssen regelmässig erfolgen (monatlich, quartalsweise, halbjährlich, jährlich oder im Zweijahresrhythmus). Die Zahl der benützten Einzelangaben muss 1000 übersteigen; Erhebungen mit weniger als 1000 Befragten sind in der Regel im Anhang nicht enthalten, weil der Bundesrat nach Artikel 5 des Bundesstatistikgesetzes die Kompetenz für die Anordnung solcher Erhebungen einem Departement, einer Gruppe oder einem Amt delegieren kann und in diesem Fall keine Verordnung nötig ist. In der Regel handelt es sich bei diesen Erhebungen um einmalige, kurzfristig beschlossene Erhebungen, die der Befriedigung eines dringlichen Bedarfs an Informationen dienen. Die benützten Grundlagen müssen auch für die statistischen Bedürfnisse konzipiert sein und die Resultate müssen der Oeffentlichkeit zur Verfügung gestellt werden; in der Regel sind sie zu publizieren.

Nicht im Anhang berücksichtigt wurden Mess-Systeme, Datenbanken, Register, Gesamtdarstellungen bzw. Synthesestatistiken ohne spezielle, auf sie ausgerichtete Erhebungen (Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung, Verkehrsstatistik). Demgegenüber können Gesamtdarstellungen mit eigenen, spezifischen Erhebungen in den Anhang aufgenommen werden (z.B. Fremdenverkehrsbilanz, Zahlungsbilanz).

Artikel 2 Erhebungsorgane

Absatz 1 erklärt den Begriff der Erhebungsorgane. Dazu gehören einmal das Bundesamt für Statistik als zentrale Statistikstelle mit dem grössten Erhebungsvolumen, dann die anderen Verwaltungseinheit des Bundes sowie die übrigen Institutionen, die im Anhang aufgeführt sind. Da diese im Auftrag des Bundesrates Erhebungen durchführen, darf nicht vergessen werden, dass für ihre statistischen Arbeiten das Bundesstatistikgesetz als Ganzes gilt (Bundesstatistikgesetz, Artikel 2 Absatz 1a).

Artikel 3 Durchführung

In der Regel sind die Erhebungsorgane für die verschiedenen Schritte bei der Realisierung von Erhebungen, wie sie in Absatz 1 aufgezählt werden, selber zuständig. Es ist aber möglich, dass die Erhebungsorgane verschiedene Arbeiten wie Auswertung usw. anderen Stellen delegieren. Solche Ausnahmen werden im Anhang genannt (Absatz 3).

Es kann vorkommen, dass im Sinne einer Ergänzung oder Verdeutlichung technische und organisatorische Einzelheiten für die Erhebung und Lieferung von Daten in speziellen Weisungen zu regeln sind. Absatz 2 gibt den Departementen die Möglichkeit, solche technische Weisungen zu erlassen.

Artikel 4 Zusatzerhebungen für Kantone und Gemeinden

Dieser Artikel konkretisiert die Gesetzesbestimmung (Artikel 3 Absatz 3 Bundesstatistikgesetz), wonach die Bundesstatistik bei der Erfüllung ihrer Aufgaben u.a. auch den Informationsbedürfnissen der Kantone und Gemeinden Rechnung zu tragen hat. Erhebungen, an denen die Kantone und Gemeinden besonderes Interesse haben, können auf ihren Wunsch und sofern es realisierbar ist, erweitert werden, indem die Zahl der Befragten in den betroffenen Kantonen oder Gemeinden vergrössert wird. Denkbar ist auch, die Fragebogen mit zusätzlichen Fragen zu ergänzen oder bei der Auswertung der Erhebungsergebnisse auf besondere kantonale oder kommunale Bedürfnisse Rücksicht zu nehmen. Die Kostenteilung ist in Artikel 12 der vorliegenden Verordnung geregelt.

Artikel 5 Beizug von privaten Befragungsinstituten und Organisationen

Wie die bisherigen guten Erfahrungen des Bundesamtes für Statistik in der Zusammenarbeit mit privaten Befragungsinstituten und Organisationen gezeigt haben, ist die Arbeitsteilung zwischen solchen Institutionen und den Statistikproduzenten sinnvoll und soll weitergeführt werden. Im Vergleich zu zahlrei-

chen ausländischen statistischen Zentralämtern, die über einen permanenten Interviewer-Stab verfügen, ist diese schweizerische Lösung eindeutig kostengünstiger. In diesem Artikel geht es darum, das *Prinzip* der Zusammenarbeit zu verankern. Einzelheiten werden in speziellen Verträgen geregelt. Daher sind in der Verordnung nur die wichtigsten Pflichten in Bezug auf den Datenschutz aufgezählt. In Artikel 7 Absatz 3 der vorliegenden Verordnung wird nochmals darauf hingewiesen, weil diesem Bereich besondere Bedeutung zukommt.

Artikel 6 Mitwirkung der Befragten

Absatz 2 übernimmt eine Bestimmung aus dem Datenschutzgesetz, die ebenfalls im Bundesstatistikgesetz verankert ist (Artikel 4 Absatz 4). Die Befragten sind auf geeignete Weise über die Rechtsgrundlage der Datenbeschaffung, den Zweck der Erhebung, die verantwortliche und als Empfängerin der Daten geltende Stelle sowie die mitwirkenden weiteren Stellen zu informieren. Diese Information kann vorgängig oder gleichzeitig mit der Erhebung erfolgen, und, vor allem bei breit gestreuten Erhebungen, nebst der individuellen Information der Beteiligten auch Kanäle wie Massenmedien benützen. In jedem Fall wird in solchen Mitteilungen besonderes Gewicht auf den Nutzen der statistischen Resultate der betreffenden Erhebung für verschiedene Benützerkreise und auf die Datenschutzvorkehrungen gelegt.

Gemäss Absatz 3 und 4 werden die Namen von Vertretern der Befragten oder von Befragten aus Kollektivhaushaltungen nicht auf dem Fragebogen vermerkt. Dadurch wird der Persönlichkeitsschutz von benachteiligten Menschen (Kranke, Heimbewohner, Unmündige) verbessert.

Artikel 7 Geheimhaltungs- und Sorgfaltspflicht

Für alle statistischen Tätigkeiten, die der Bundesrat anordnet, gilt das ganze Bundesstatistikgesetz (Artikel 2, Absatz 1a). D.h., dass für die Durchführung der im Anhang genannten Erhebungen auch alle im Gesetz erwähnten Dateschutzbestimmungen einzuhalten sind. Der vorliegende Artikel lehnt sich daher lediglich an die wichtigsten Bestimmungen an, die sich direkt auf die Erhebungen beziehen, nämlich Artikel 14 und 15 des Bundesstatistikgesetzes, und wiederholt in Absatz 3 eine Bestimmung der vorliegenden Verordnung (Artikel 5, Absatz 2), der die Befragungsinstitute betrifft.

Artikel 8 Verwendung der Angaben

Absatz 1 beruht auf Artikel 14 des Bundesstatistikgesetzes und verankert nochmals das Statistikgeheimnis: eine Zweckentfremdung von Daten, die für

statistische Zwecke erhoben wurden, ist verboten. Solche Daten können nur anderweitig verwendet werden, wenn ein Bundesgesetz eine andere Verwendung ausdrücklich anordnet oder die betroffene natürliche oder juristische Person einer solchen schriftlich zustimmt.

Absatz 2 betrifft das Betriebs- und Unternehmensregister (BUR), das als Adressgrundlage für Betriebszählungen und andere statistische Erhebungen des Bundes dient. Ausgewählte Merkmale werden auch an Kantone, Gemeinden und privaten Institutionen als Adressgrundlage für eigene Befragungen und Forschungsvorhaben bekanntgegeben.

Die Aktualisierung des BUR erfolgt einerseits durch Ausschöpfung von administrativen Quellen und von Angaben aus statistischen Erhebungen über Neugründungen, Schliessungen und Fusionen, anderseits durch die Erstbefragung neu aufgenommener Betriebe und Unternehmen. Es dürfen jedoch ausschliesslich Daten ins BUR übertragen werden, die der Nachführung des Registers und nicht dessen Erweiterung dienen. Die einzelnen Verwendungszwecke des BUR und die zu beachtenden Datenschutzbestimmungen werden in der BUR-Verordnung abschliessend geregelt.

Artikel 9-11 Weitergabe von Einzeldaten, Veröffentlichung der Ergebnisse, Vernichtung der Daten

Diese drei Artikel enthalten Datenschutzgrundsätze, welche bereits im Gesetz verankert sind: Bedingungen für die Weitergabe von Einzeldaten in Artikel 19, Nichtidentifizierbarkeit von Befragten bei der Veröffentlichung in Artikel 18 Absatz 3, Vernichtung der Daten in Artikel 15. Eine Wiederholung dieser Bestimmungen in der Verordnung ist sinnvoll, weil sie sich direkt auf die Erhebungen beziehen, die hier geregelt werden.

Artikel 9 unterscheidet bei der Weitergabe von Einzeldaten zwischen zwei Empfängergruppen: eineseits die in Absatz 1 erwähnten privaten oder öffentlichen Stellen (Universitäten, Forschungsinstitute) und internationalen Organisationen, andererseits, gemäss Absatz 2, die Statistikstellen von Bund, Kantone und Gemeinden. Beide Gruppen erhalten Einzeldaten nur gegen vertragliche Abmachung, jedoch werden den in Absatz 2 genannten Statistikstellen weniger Auflagen gemacht (u.a. keine Rückgabe- oder Vernichtungspflicht). Aus Datenschutzgründen dürfen nur Statistikstellen bevorzugt behandelt werden, was auch in Artikel 19 Absatz 2 des Bundesstatistikgesetzes festgehalten wird. Bei den sogenannten Statistikstellen handelt es sich um Stellen, die entweder ausschliesslich für Statistik und/oder Forschung tätig sind, oder aber mindestens

mit Massnahmen oder Kontrollen gegenüber einzelnen Personen oder Unternehmen nichts zu tun haben und deshalb als organisatorische Untereinheiten aus den Verwaltungseinheiten oder übrigen dem Gesetz unterstellten Organisationen ausgegliedert wurden. Dies verlangt das Bundesstatistikgesetz in Artikel 11 Absatz 2.

Artikel 12 Kostenteilung

In diesem Artikel sind die Prinzipien der Kostenteilung zwischen Bund, Kantonen und Gemeinden geregelt, wie sie in Artikel 7 (Absatz 3 und 4) des Bundesstatistikgesetzes vorgezeichnet sind. Dort geht es um die Kosten der Mitwirkung der Kantone und Gemeinden an Erhebungen. Unter ihrer «Mitwirkung» ist zu verstehen, dass sie im Auftrag des Bundesrates als intermediäre Erhebungsstellen mithelfen, Erhebungen durchzuführen.

Absatz 1 übernimmt die genannte Gesetzesbestimmung und verankert den bundesstaatlichen Grundsatz, dass jedes Gemeinwesen die Kosten für den ihm übertragenen Vollzug trägt.

Absatz 2 bezieht sich auf Artikel 4 der vorliegenden Verordnung, welcher die Möglichkeit der Erweiterung einer Erhebung für Kantone oder Gemeinden vorsieht, und regelt die Abdeckung der Mehrkosten, die aufgrund einer solchen Erweiterung entstehen.

Artikel 13 Posttaxen für eidgenössische Zählungen

Es handelt sich bei diesem Artikel um eine Regelung, die gegenüber den Bestimmungen des Postverkehrsgesetzes abweicht und daher einer rechtsatzmässigen Verankerung bedarf. Gemäss der Wünsche der PTT-Betriebe wurde der Wortlaut des Artikels an die Verordnung über die Volkszählung 1990 (Artikel 31) angelehnt.

Artikel 14 Aufhebung von anderen Erlassen

Wie bereits in der Einleitung betont, leistet die vorliegende Verordnung einen wichtigen Beitrag zur Straffung der Rechtsgrundlagen der Bundestatistik, indem die meisten Erhebungen in nur noch einer Verordnung geregelt werden. Nicht aufgehoben wurden ausser der Volkszählungsverordnung Bestimmungen in Verordnungen, die sich nicht nur einzig auf Statistik beziehen und dem Bund (ohne Nennung einer bestimmten Verwaltungseinheit) die Kompetenz erteilen, Statistiken zu erstellen.

3.2.3 Verordnung über die Gebühren für statistische Dienstleistungen von Verwaltungseinheiten des Bundes

Damit die Erklärungen für den praktischen Gebrauch übersichtlicher sind, wurden sie statt nach Artikel nach Themen gegliedert.

Geltungsbereich der Verordnung und spezielle Regelungen
(Artikel 1 und 2)

Institutioneller Geltungsbereich: Wie in Artikel 21 (Gebühren) des Bundesstatistikgesetzes festgelegt, regelt der Bundesrat die Gebühren für Veröffentlichungen, Dienstleistungen und Bewilligungen - das heisst: die Bestimmungen der Gebührenordnung gelten nicht nur für das Bundesamt für Statistik als zentraler Statistikstelle, sondern auch für alle dem Bundesstatistikgesetz *vollständig unterstellten Verwaltungseinheiten des Bundes*. Diese sind in Artikel 2 Absatz 1 des Bundesstatistikgesetzes genannt. Es handelt sich um die Verwaltungseinheiten nach Artikel 58 des Verwaltungsorganisationsgesetzes mit Ausnahme des ETH Bereiches, der PTT und der SBB.

Materieller Geltungsbereich: Mit den Artikeln der Gebührenordnung werden die Ansätze, die allfälligen Ermässigungen sowie die administrativen Grundsätze für die Dienstleistungen im Bereich der statistischen Information generell geregelt. Der periodisch zu aktualisierende Anhang zur Gebührenordnung führt zudem die konkreten Tarife auf.

Die Gebührenordnung befasst sich mit der Diffusion von *aggregierten* Daten, das heisst von (gemäss Artikel 18 Absatz 1 des Bundesstatistikgesetzes) statistischen Ergebnissen und Grundlagen ohne Identifizierungsmöglichkeit von Einzelpersonen. Für die Abgabe von Personen- und Einzeldaten gemäss Artikel 19 Absatz 2 des Bundesstatistikgesetzes einschliesslich die Daten aus dem Betriebs- und Unternehmensregister (BUR) sind demgegenüber zusätzlich spezielle datenschutzrechtliche Massnahmen und Abgabebedingungen zu beachten. Bei der Bemessung der Gebührenansätze gilt für die Abgabe beider Datenarten die Gebührenordnung, in der Regel sind es die Ansätze für die Abgabe von Ergebnissen, allenfalls für besondere Auswertungen.

Die Gebührenordnung gilt für verschiedene Spezialfälle nicht, welche in Artikel 2 genannt sind:

- die befristeten Aufgaben gemäss Artikel 19 Absatz 3 Bundesstatistikgesetz im Bereich der Forschung, Analyse, Beratung und auch Ausbildung. Diese können neben der rein finanziellen Abgeltung auch Bereitstellung von Personal sowie Naturalleistungen umfassen und sind - angesichts dieser Komplexität - nur in individuellen Verträgen regelbar.

- die Kooperationen mit Externen. Das Anbieten von statistischen Dienstleistungen in Zusammenarbeit mit bundesexternen Stellen, wie z.B. Verlagen, Datenbankbetreibern oder Dokumentationsstellen, geschieht mit unterschiedlicher Beteiligung der jeweiligen Partner und hat deren Preispolitik mitzuberücksichtigen. Dies geschieht durch entsprechende Kooperationsverträge. Der Einbezug der Eidgenössischen Drucksachen- und Materialzentrale (EDMZ) bei den Vertragsverhandlungen garantiert eine gewisse Einheitlichkeit.

Allgemeine Prinzipien für die Gebührenberechnung (Artikel 4 - 12)

Bei Dienstleistungen, für welche in der Gebührenordnung keine Gebührenregelung festgelegt ist, gilt generell die Berechnung nach Aufwand, und zwar zu den im Anhang festgelegten Stundenansätzen (Artikel 5 Absatz 3).

Die zu verrechnenden Kosten setzen sich aus den Gebühren und aus den für die einzelnen Dienstleistungen zusätzlich anfallenden Auslagen zusammen. Zu letzteren zählen zum Beispiel Fotokopien, abgegebene Datenträger wie z.B. Disketten, spezielle Übermittlungskosten usw. Die detaillierten Regelungen für Gebühren (Positionen 1-40), Auslagen (Positionen 50-99) und Ermässigungen (Positionen 100ff) sind im Anhang zur Verordnung direkt oder durch Hinweis auf entsprechende Verzeichnisse ersichtlich; diese Regelungen werden periodisch aktualisiert und veröffentlicht (Artikel 4, 12).

Die Fakturierung der Gebühren und Auslagen erfolgt dezentral durch die Verwaltungseinheiten, die die Dienstleistungen erbringen. Der Fakturierungsaufwand ist dabei in Beziehung zu setzen zum anfallenden Betrag.

Statistische Dienstleistungen und zugehörige Gebührenbemessung
(Artikel 1, 3, 13 - 15 und Anhang der Verordnung)

Dienstleistungen im Bereich der Statistik umfassen sowohl aktiv bereitgestellte statistische Informationen wie auch die Lieferungen auf Anfrage oder das Überlassen von Daten zur gesteigerten Nutzung.

Die Veröffentlichungen (Artikel 3a, 13, Anhang)

Darunter sind alle von den Verwaltungseinheiten öffentlich zugänglich gemachten, standardmässig konfektionierten statistischen Ergebnisse oder Grundlagen (wie z.B. Nomenklaturen und Verzeichnisse) zu verstehen. Und dies unabhängig vom Medium, auf welchem diese Informationen verbreitet werden.

1[1] Es kann sich um die - nach wie vor häufigste Form der - Publikationen (schriftliche Monographien oder Periodikas) handeln. Die Preisfestsetzung erfolgt für diese Diffusionsmittel aufgrund von Seitenzahl und Ausrüstung gemäss den Weisungen der EDMZ.

2, 3 Für die seitenmässig nicht im voraus kalkulierbaren Kurzmitteilungen werden im Anhang zur Gebührenordnung separate Pauschal-Abonnementsbeträge festgelegt.

4, 5 Bei den einzeln abgegebenen illustrativen Mitteln wie Karten und Grafiken gelten spezielle Ansätze, die im Anhang der Gebührenordnung geregelt sind.

50, 51 Auf Anfrage abgegebene Fotokopien gelten nicht als Veröffentlichung, sie werden als Auslage berechnet.

6 Für Mikrofichen - eine angesichts der Entwicklung der EDV laufend weniger nachgefragte Diffusionsform für statistische Ergebnisse - gelten die von der EDMZ fixierten Preise.

1 Die Veröffentlichung auf maschinell lesbaren Datenträgern stellt eine rasch wachsende Diffusionsform dar - sowohl was Mengen wie Formen anbelangt. Dazu zählen die bekannten Disketten für PC, aber auch weitere magnetische Speicherungsformen wie Wechseldisk, Tapes sowie die neueren optischen Speicherformen wie zum Beispiel die CD-ROM. Die Preisfestsetzung hat hier von den Herstellungskosten auszugehen, muss aber zusätzlich einen Freiheitsgrad aufweisen, um die Nutzungsvorteile mit in Betracht ziehen zu können, die im Vergleich zu den (identischen) schriftlich publizierten Informationen bestehen. Zu diesen Vorteilen gehören ganz allgemein die freie Manipulierbarkeit der gespeicherten Daten sowie die allenfalls mitgelieferte Software für Erschliessung und Darstellung.

7 - 9 Der Diffusion mittels Telekommunikation kommt wachsende Bedeutung zu. Sie umfasst einerseits automatisierte telefonische Auskunftsdienste (gewöhnliche oder Dienstnummern, Telebusiness, Grüne Nummer der PTT verbunden mit automatischen Telefonbeantwortern oder aufwendigen Lösungen wie z.B. Audiotex). Andererseits gehört dazu auch der Datenabruf aus bereitgestellten Datenbanken (wie z.B. STATINF des BFS) oder aus Mailboxen. Die Tarifierung erfolgt bei den Telefondiensten über die Gebührenab-

[1] Die vorangestellten Zahlen verweisen auf die Positionen im Anhang zur Gebührenordnung.

rechnung, wobei je nach Art der Nummer und der angebotenen Information unterschiedliche Ansätze möglich sind. Für den Datenbank- oder Mailboxzugriff ist eine Aufspaltung der Gebühren möglich: in eine im Abonnement erhobene Grundgebühr und eine in Abhängigkeit der bezogenen Leistungen (z.B. belegter Speicherplatz oder Anzahl ausgelöster Befehle) berechnete Gebühr.

Abgabe von Ergebnissen, besondere Auswertungen
(Artikel 3b,c, 14, 18 Absatz 3)

20, 21 Bei der Auswertung von statistischen Erhebungen werden ausgehend von den ursprünglichen Daten (Einzeldaten) in der Regel mehr statistische Ergebnisse bereitgestellt als nachfolgend veröffentlicht werden können. So beispielsweise Tabellierungen auf detaillierterem geographischen Niveau oder auch zahlreichere Kombinationen der erhobenen Merkmale. Auch wenn diese Angaben nicht für ein breiteres Zielpublikum von Bedeutung sind und deshalb nicht aktiv verbreitet werden, so können sie doch für besondere Fragestellungen verlangt werden. Zudem können Ergebnisse zwar veröffentlicht sein, aber in einer anderen Form benötigt werden (in anderer Zusammenstellung, anderem Format oder auf einem anderen Medium wie z.B. Diskette). Bereitgestellte Ergebnisse können in speziellen Datenbanken so verwaltet werden, dass sie automatisiert und mit verhältnismässig geringem Aufwand praktisch beliebig zusammengestellt und kombiniert werden können. Alle erwähnten Fälle stellen eine Abgabe von Ergebnissen dar. Sind für die Beantwortung einer Frage jedoch weder veröffentlichte noch bereitgestellte oder einfach zusammenstellbare statistische Ergebnisse vorhanden, so wird eine neue, besondere Auswertung nötig: Die nachgefragten statistischen Ergebnisse müssen mit relativ grossem Aufwand erarbeitet werden - meist aufgrund von Einzeldaten, teilweise auch durch aufwendige Neuberechnung oder Kombination bereitgestellter Ergebnisse.

Die Tarifierung erfolgt grundsätzlich nach aufgewendeter Zeit für die Beratung, die Recherche, die Auswertung und die Vorbereitung der Abgabe. Je nach Lohnklasse der hauptsächlich mit der Dienstleistung betrauten Person kommt dabei einer der beiden im Anhang zur Verordnung festgehaltenen Stundenansätze zur Anwendung.

22 Die Forderung nach guter Zugänglichkeit statistischer Information sowie nach einem sinnvollen Kosten-Nutzen-Verhältnis bei der Faktu-

rierung legt es allerdings nahe, die Abgabe von nicht oder nicht in der benötigten Form Veröffentlichtem (inklusive die wenig zeitaufwendigen, meist mündlichen Auskünfte) gebührenmässig zu privilegieren. Das heisst: die Verrechnung nicht bereits ab der ersten Minute vorzunehmen (Artikel 18 Absatz 3). Der Zeitaufwand, ab dem die Gebührenberechnung einsetzt, ist im Anhang zur Verordnung festgehalten. Ist der Zeitaufwand für diese Dienstleistung grösser als die im Anhang erwähnte Schwelle, wird der gesamte Aufwand berechnet.

Für die besonderen Auswertungen kommt diese Regelung aufgrund der definitionsgemäss zeitaufwendigen Arbeit nicht zur Anwendung.

Bewilligungen (Artikel 3d, 15)

25 Die Verwendung oder Wiedergabe der veröffentlichten, zugänglich gemachten oder aus Daten der Bundesstatistik erarbeiteten statistischen Ergebnisse ist gemäss Artikel 20 Bundesstatistikgesetz an keine besondere Bewilligung und Gebühr gebunden. Die Verwendung oder Wiedergabe muss jedoch unter Hinweis auf die Quelle erfolgen.

Bei gesteigerter Nutzung durch den Bezüger, das heisst bei Verwendung zu Erwerbszwecken, kann gemäss Bundesstatistikgesetz von diesem Prinzip abgewichen werden. In diesem Fall erteilt die für die statistischen Ergebnisse zuständige Verwaltungseinheit die Bewilligung für die vorgesehene Verwendung zu Erwerbszwecken und regelt die Gebühr in einem individuellen Vertrag. Eine bestimmte vertragliche Regelung ist nicht vorgeschrieben: Es können Pauschalabgeltungen, wiederkehrende Lizenzgebühren, Gewinnbeteiligungen oder auch andere Formen in Anwendung kommen. Eine möglichst einheitliche Ausgestaltung dieser Bewilligungen wird durch Musterverträge gewährleistet.

Die gesteigerte Nutzung wird in der Regel in Zusammenhang mit statistischen Ergebnissen auftreten, die auf maschinell lesbaren Datenträgern abgegeben werden. Diese ermöglichen eine rasche und einfache Verwendung zu vielfältigen Zwecken. Als Schutz gegen eine unkontrollierte Nutzung zu Erwerbszwecken ist deshalb gerade bei dieser Abgabeform von statistischen Ergebnissen eine - gemäss Gebührenordnung mögliche - besondere Abgabebedingung vorgesehen, nämlich das Kopier- und Weitergabeverbot.

Eine Einschränkung in der Weiterverwendung von statistischen Ergebnissen der Statistikproduzenten besteht schliesslich, wenn diese in urheberrechtlich geschützter Form vorliegen. Dies ist in der Regel

der Fall bei Veröffentlichungen, die in Kooperation mit Privaten erstellt werden.

Gebührenfreiheit und Gebührenermässigung (Artikel 16 - 20 und Anhang)

Bestimmte Formen von Dienstleistungen und bestimmte Bezügerkreise können eine Ermässigung oder eine Befreiung von Gebühren erhalten; dabei sind die Auslagen jeweils miteingeschlossen. Eine Kumulierung von Rabatten ist allerdings nicht statthaft.

Die Gebührenermässigung oder -befreiung kann sich zudem nur auf jene Dienstleistungen erstrecken, die von der Verwaltungseinheit vollumfänglich, das heisst ohne Rücksichtnahme auf externe Partner oder Regelungen gewährt werden können (Artikel 16).

Gebührenfreie Dienstleistungen (Artikel 17)

30 Die Benutzung von Dokumentationsstellen sowie die Ausleihe von Unterlagen sind gebührenfrei. Werden allerdings in diesem Zusammenhang gebührenpflichtige Dienstleistungen beansprucht, so ist die Gebührenordnung anzuwenden.

35 Dienstleistungen, die der Bekanntmachung von Verwaltungsstellen, Erhebungen und Dienstleistungen oder der Werbung für bestimmte Dienstleistungen dienen, sind gebührenfrei. Dies betrifft in den allermeisten Fällen Veröffentlichungen wie zum Beispiel Informationsbroschüren oder Publikationsverzeichnisse. Bei Abgabe von grösseren Mengen (in der Regel ab 5 Stück) kann eine Schutzgebühr erhoben werden.

Gebührenermässigung für Dienstleistungen (Artikel 18)

100-102 Beim Bezug grösserer Mengen von Veröffentlichungen sowie beim Bezug zwecks Wiederverkauf werden Vergünstigungen gemäss Weisungen EDMZ gewährt; der Anhang zur Gebührenordnung weist diese aus.

Gebührenermässigung und Gebührenfreiheit für bestimmte Bezügerkreise (Artikel 19)

110 ff Die Gebührenordnung sieht eine Differenzierung der Gebühren nach Bezügerkreisen vor und ermöglicht damit gezielt eine erleichterte Zugänglichkeit zu den statistischen Ergebnissen. Neben der

Bundesverwaltung, den Parlamentariern und den Statistikpartnern in Kantonen und Gemeinden kommen insbesondere nichtkommerzielle Weitervermittler zugunsten einer breiteren Öffentlichkeit in den Genuss von Ermässigungen.

Eine Liste im Anhang zur Gebührenordnung führt die Bezügerkreise mit reduzierten Gebührenansätzen detailliert auf.

Gebührenermässigung: Spezialfälle (Artikel 20)

In Zusammenhang mit unentgeltlich erbrachten Leistungen bei Erhebungen (Daten, Beratung, Logistikhilfe u.ä.) können Verwaltungsstellen, Verbände oder Unternehmungen statistische Ergebnisse unentgeltlich beziehen. Diese als Dank und Motivationsmittel verstandene Vergünstigung erstreckt sich nur auf eingeschränkte Dienstleistungen, das heisst vorab auf die wichtigsten statistischen Ergebnisse aus dem inhaltlichen Bereich der Zusammenarbeit und nicht auf weitergehende Auswertungen.

Dienstleistungen können zudem bei einer Vereinbarung auf Gegenseitigkeit gebührenfrei oder ermässigt erbracht werden (Beispiel: Publikationentausch).

Auftragnehmer des Bundes erhalten bei Inanspruchnahme einer Dienstleistung direkt die Vergünstigungen, die dem Bund zustehen würden. Bei den übrigen Auftraggeberkreisen mit Ermässigung wird zwecks Kontrolle davon ausgegangen, dass der Auftraggeber die Dienstleistungen direkt anfordert.

3.2.4 Verordnung über das Betriebs- und Unternehmensregister

Artikel 1 Zweck

Das Betriebs- und Unternehmensregister (BUR) wurde im Anschluss an die Betriebszählung 1975 aufgebaut und enthält Namen, Adressen und einige wichtige Grundmerkmale wie Wirtschaftsart (Branche), Rechtsform und Beschäftigtenzahl aller Unternehmen und Betriebe des privaten und öffentlichen Rechts, die in der Schweiz domiziliert sind. Die im BUR enthaltenen Merkmale sind in Artikel 3 der Verordnung aufgeführt.

Das BUR dient primär *Zwecken der Bundesstatistik*, nämlich als Adressgrundlage für Betriebszählungen und andere statistische Erhebungen des Bundes. Das Register wird ebenfalls als Quelle für statistische Auswertungen durch Bundesstellen oder Dritte (z.B. Arbeitsämter der Kantone und Gemeinden) verwendet. Das BUR dient auch als Adressgrundlage für Befragungen und Forschungsvor-

haben von Kantonen, Gemeinden und privaten Institutionen, sofern sie die Voraussetzungen gemäss Artikel 19 des Bundesstatistikgesetzes erfüllen.

In zweiter Linie darf ein genau bezeichneter Teil der BUR-Merkmale von Bundes- und kantonalen Stellen für *Verwaltungsaufgaben* verwendet werden. Diese Merkmale sind in Artikel 10 der vorliegenden Verordnung («Weitergabe der Daten zu anderen Zwecken») aufgelistet: Name, Adresse, BUR-Nummer, Art der wirtschaftlichen Tätigkeit, Grössenklasse, Zugehörigkeit zu Produktions- und Planungszonen, Gebäudekoordinaten und Rechtsform. Unter Verwaltungsaufgaben fallen Verwendungen dieser Daten für administrative Zwecke, die einem allgemeinen öffentlichen Interesse dienen oder weitgehend öffentlichen Charakter haben. Darunter kann das Selektionieren von gewissen Gruppen von Betrieben und Unternehmen fallen, z.B. für den Versand von Broschüren über Arbeitssicherheit durch die EKAS (Eidgenössische Kommission für Arbeitssicherheit/SUVA).

Artikel 2 Organisation und Zuständigkeiten

Die Verantwortung für die Führung des BUR obliegt dem BFS, wie im Bundesstatistikgesetz (Artikel 10, Absatz 3) verankert ist. Dieser Auftrag umfasst verschiedene Aspekte:

- das BFS ist zuständig für den Inhalt des BUR, indem es die Daten selber eingibt und mutiert (siehe Artikel 6 der vorliegenden Verordnung);
- es ist auch verantwortlich für die Verwendung der Daten des Registers, namentlich für den Datenschutz und die Modalitäten für die Abgabe von Daten an Dritte (Vertragsabschlüsse);
- das BFS ist federführend bei der Ueberprüfung der Anwendung der Verordnung und ihrer periodischen Revision;
- es betreibt eine offene Informationspolitik bezüglich Inhalt des Registers, Zugriffsberechtigungen und Zugriffsarten, Rechte der registrierten Unternehmen und Betriebe;
- es kann als einzige Stelle Gebühren im Zusammenhang mit der Abgabe von Daten erheben;
- das BFS informiert die Statistikstellen von Bund, Kantonen und Gemeinden über allfällige technische Anpassungen und konsultiert sie bei der Revision der Verordnung.

Die Verordnung nennt drei Kategorien von Institutionen, die sich am BUR beteiligen können (Absatz 2). Die erste umfasst die Verwaltungseinheiten

und Organe nach Artikel 2 des Bundesstatistikgesetzes. Es handelt sich hier um die folgenden Stellen:

- Verwaltungseinheiten nach Artikel 58 des Verwaltungsorganisationsgesetzes;
- dem Bundesstatistikgesetz teilweise unterstellte Institutionen, die im Anhang der Organisations-Verordnung namentlich aufgelistet sind: ETH, PTT, SBB, Schweizerische Unfallversicherungsanstalt (SUVA), Sekretariat des Schweizerischen Bauernverbandes, Schweizerische Fachstelle für Alkoholfragen (SFA), Konkordat der Schweizerischen Krankenkassen (KSK).

Als zweite und dritte Kategorie können sich die statistischen Stellen der Kantone und Gemeinden sowie andere Amtsstellen, die Aufgaben im öffentlichen Interesse vollziehen (beispielsweise kantonale und kommunale Arbeitsämter), am Register beteiligen.

Mit *Beteiligung* am BUR ist gemeint, dass diese Institutionen einen Anschluss an das BUR erhalten können (sie müssten dann in die Liste unter Artikel 11 namentlich aufgenommen werden), und dass sie - d.h. vor allem die Kantone und Gemeinden - aktiv an der Aktualisierung des Registers teilnehmen können. Einige Kantone überprüfen die Adressen des Registers für ihre Region regelmässig und teilen dem BFS allfällige Mutationen mit. Im Sinne einer partnerschaftlichen Zusammenarbeit zwischen den am BUR beteiligten Stellen und dem BFS erhalten die beteiligten Stellen Gelegenheit, zu den periodischen Revisionen der Verordnung Stellung zu nehmen.

Artikel 3 Registrierte Daten

Das BUR ist in zwei Teilregister aufgeteilt: Das BUR-AGR und das BUR-UNT. Im BUR-AGR sind die Betriebe des 1. Sektors (Land-, Forstwirtschaft, Gartenbau, und Fischerei), im BUR-UNT diejenigen des 2. und 3. Sektors (Industrie, Gewerbe und Dienstleistungen) enthalten. Diese Aufteilung erleichtert die Führung des Registers, da Unterschiede in Mutationsquellen, -häufigkeiten und -arten bestehen. Darüberhinaus sprechen die unterschiedlichen Quellen und Vorgehensweisen bei der Nachführung sowie die verschiedenen Benutzerkreise für diese Aufteilung. Die Kompatibilität zwischen den zwei Bereichen wird mittels einheitlicher Führung der Kerninformationen wie Adresse, BUR-Nummer, Gemeindenummer, wirtschaftliche Tätigkeit, und wenn nötig mit einem Verbindungsschlüssel gewährleistet.

Die im BUR registrierten Merkmale der Unternehmen und Betriebe sind in den Absätzen 2 und 3 aufgelistet. Dabei wird unterschieden zwischen

Merkmalen, die z.Z. den tatsächlichen Inhalt des BUR bilden (Absatz 2) und Merkmalen, die vom BFS ins BUR aufgenommen werden *könnten* (Absatz 3), falls sich der Bedarf einstellt und die technischen und methodischen Voraussetzungen gegeben sind. Wenn also im Rahmen der Betriebszählung 1995 die Umsatzzahlen (Buchstabe d) aufgenommen werden, so hat der Gesetzgeber dafür gesorgt, dass sie als besonders schützenswerte Daten behandelt werden: sie dürfen unter keinen Umständen weitergegeben werden, auch nicht zu statistischen Zwecken (siehe Artikel 9 Absatz 1).

Im übrigen haben die Benutzer des BUR bezüglich den fakultativen Merkmalen keinen Anspruch auf Vollständigkeit des BUR-Inhalts.

Artikel 4 Quellen

Das BFS ist beauftragt, die im BUR enthaltenen obligatorischen Informationen zu verwalten und zu aktualisieren. Die Aktualisierung der Adressen erfolgt laufend, diejenige der wichtigsten Merkmale nur anlässlich der Befragung neu enstandener Unternehmungen und der eidgenössischen Betriebszählung (beide Erhebungen figurieren im Anhang der VO über die Durchführung von statistischen Erhebungen des Bundes).

Die unter Buchstabe e erwähnten Meldungen von Briefträgern der PTT erfolgen nur im Vorfeld der Betriebszählungen und beruhen auf einen Vertrag zwischen BFS und PTT, aufgrund dessen die Briefträger mittels besonderen Formularen dem BFS allfällige Mutationen von Unternehmungen mitteilen.

Artikel 5 Zugriff auf Daten

Das BUR bietet folgende Weitergabemöglichkeiten von Daten:

- On-line Zugriff: diese Zugriffsart bleibt ständigen Benutzern vorbehalten, welche unter Artikel 11 namentlich aufgeführt werden müssen. Jede Anfrage nach einem Zugriff auf das BUR wird vom BFS geprüft. Als erstes untersucht das BFS, ob gemäss Bundesstatistikgesetz die Rechtsgrundlage für einen Zugriff auf das Register durch den potentiellen Kunden gegeben ist, im Zweifelsfall kann ein Gutachten beim Bundesamt für Justiz oder beim Eidgenössischen Datenschutzbeauftragten eingeholt werden. Ebenfalls wird überprüft, ob ein Anschluss an das BUR tatsächlich nötig und sinnvoll ist und ob die Bedürfnissen des Kunden nicht auf andere Art abgedeckt werden können. Wird ein Neuanschluss gewährt, wird zwischen BFS und Kunde ein Datenschutzvertrag abgeschlossen.

- Benutzung von Auszügen: die verantwortlichen Dienststellen im BFS können für Verwendungen gemäss Artikel 8-10 Auszüge von BUR-Daten auf Informatikträgern herstellen. Vor der Datenlieferung wird zwischen BFS und Kunden ein Datenschutzvertrag abgeschlossen.
- Druckerzeugnisse: Daten aus dem BUR können ebenfalls in gedruckter Form (Listen, Etiketten usw.) abgegeben werden, wiederum nur für Verwendungen gemäss Artikel 8-10. Solche Auszüge können für Forschungszwecke sinnvoll sein. Auch bei dieser Datenweitergabe wird zwischen BFS und Kunde ein Datenschutzvertrag abgeschlossen.
- Vordrucke: Auf der Grundlage des BUR kann das BFS auch Vordrucke von Formularen vornehmen.
- Aktualisierung von externen Registern: durch Vergleich zwischen BUR und dem Register des Kunden kann das BFS dasjenige des Kunden aktualisieren.

Artikel 6 Eingeben und Mutieren der Daten

Einzig das BFS darf Daten in das Register eingeben und allfällige Änderungen vornehmen. Die Benutzer des BUR sind hingegen eingeladen, ihnen bekanntgewordene Änderungen (Firmenname, Adresse usw.) zu melden, die dann von den verantwortlichen Stellen des BFS überprüft und gegebenenfalls ins Register aufgenommen werden. Die Mutationen des BUR werden dem BFS via Mailbox oder schriftlich auf Papier zur Kenntnis gebracht, für den Agrarteil des BUR wurden spezielle Mutationsformulare entwickelt und Richtlinien erlassen, um die Einheitlichkeit dieser Meldungen sicherzustellen.

Artikel 7 Archivierung

Die Daten werden während zehn Jahren bei derjenigen Stelle archiviert, welche für den technischen Unterhalt zuständig ist (BFS oder BFI). Für die Archivierung wird Ende Jahr eine Sicherheitskopie erstellt. Nach Ablauf der zehn Jahre müssen die Daten vernichtet werden, es besteht aber auch die Möglichkeit, sie dem Bundesarchiv zu übergeben.

Sofern die Daten anonymisiert wurden, können sie solange aufbewahrt werden, wie sie - für ausschliesslich statistische Zwecke - benötigt werden. Ein Beispiel hierfür sind die anonymisierten Daten aus der eidgenössischen Betriebszählung von 1985, die oft noch für bestimmte Auswertungen herangezogen werden.

Artikel 8 Verwendung zu statistischen Zwecken durch das Bundesamt

Dieser Artikel präzisiert Artikel 1 (Zweck des BUR) der vorliegenden Verordnung, indem es ausführlich auf die statistische Verwendung der Daten durch das BFS eingeht.

Das BUR dient dem BFS in erster Linie als Adressgrundlage für statistische Erhebungen (Absatz 1) bei Betrieben und Unternehmen, wobei es sich bei diesen Erhebungen auch um Stichprobeerhebungen handeln kann (Absatz 2). Je nach Bedarf kann das BFS darüber hinaus auch auf der Grundlage des BUR statistische Auswertungen (Absatz 3) vornehmen.

Absatz 4 gibt dem BFS die Möglichkeit, für eine begrenzte Dauer verschiedene Informationsquellen zu verbinden. Es kann z.B. für bestimmte statistische Auswertungen nötig sein, Betriebe nach Merkmalen zu selektionieren, die aber nicht im BUR enthalten sind (z.B. Export- und Importtätigkeit). Statt in einer neuen Befragung dieses Merkmal zu erheben, kann eine bestehende statistische Datei (z.B. die Datenbank der Betriebszählung) so mit dem BUR verknüpft werden, dass die im gewünschten Sektor tätigen Betriebe und Unternehmungen selektioniert werden. Die Verknüpfung wird nach Gebrauch wieder aufgelöst, das verknüpfte Merkmal bleibt nicht im BUR enthalten.

Dank der Möglichkeit gemäss Absatz 4 können neue Erhebungen vermieden und somit der Forderung von Artikel 4 Bundesstatistikgesetz nach minimaler Belastung der Befragten entsprochen werden.

Artikel 9 und 10 Weitergabe der Daten zu statistischen und anderen Zwecken

Die Weitergabe von Daten aus dem BUR ist streng geregelt. Für **statistische** Zwecke können einerseits den Verwaltungseinheiten des Bundes nach Artikel 58 Verwaltungsorganisationsgesetz sowie dem Bundesstatistikgesetz teilweise unterstellten Institutionen (siehe Kommentar zu Artikel 2 Absatz 2 der vorliegenden Verordnung), andererseits den Statistikstellen von Kantonen und Gemeinden alle Merkmale mit Ausnahme der Umsatzzahlen weitergegeben werden.

Anderen Amtsstellen sowie Privaten hingegen dürfen, für statistische Zwecke, nur die in Artikel 9 Absatz 2 genannten Merkmale bekanntgegeben werden.

Gemäss Artikel 19 Bundesstatistikgesetz gilt für alle Datenempfänger, dass

- sie die Daten anonymisieren müssen, wenn es der Zweck des Bearbeitens erlaubt;
- sie die Daten nicht weitergeben dürfen, ausser das BFS gibt seine Erlaubnis dazu;
- sie Statistikgeheimnis und Datenschutz einzuhalten haben;
- die Ergebnisse keine Rückschlüsse auf die betroffenen (juristischen) Personen ermöglichen dürfen.

Gemäss Artikel 10 dürfen die in Artikel 9 Absatz 2 aufgezählten Merkmale auch an Amtstellen und Privaten **zu anderen als statistischen Zwecken** abgeben werden, sofern diese Aufgaben im öffentlichen Interesse stehen. Eine Abgabe zu nichtstatistischen Zwecken ist an mehrere Bedingungen geknüpft: die Notwendigkeit der Datenabgabe, die Zweckgebundheit der Datenverwendung, das Verbot der Weitergabe an Dritte und die Gewährleistung des Datenschutzes müssen gegeben sein.

Artikel 11 Zugriffsberechtigte Amtsstellen

Dieser Artikel entspricht einer Forderung des Datenschutzgesetzes (Artikel 19), wonach Bundesorgane Personendaten durch ein Abrufverfahren nur dann zugänglich machen können, wenn dies ausdrücklich (d.h. in einem Rechtstext) vorgesehen ist. Die Verordnung wird jährlich zu revidieren sein, so dass allfällige Neuanschlüsse in die Liste aufgenommen werden können.

Absatz 1 nennt diejenigen Stellen, die z.Z. für statistische Zwecke angeschlossen sind, während Absatz 2 diejenigen nennt, die einen Zugriff für andere Zwecke erhalten haben. Diese Aufgaben müssen jedoch immer im öffentlichen Interesse stehen.

Artikel 12 Veröffentlichungen der Daten

Diese Bestimmung übernimmt eine Forderung von Artikel 22 des Datenschutzgesetzes, welche auch in Artikel 18 des Bundesstatistikgesetzes zu finden ist.

Artikel 13-16

Sie verweisen auf andere Bundesgesetze und Verordnungen und bedürfen keines speziellen Kommentars.

Publikationsprogramm BFS

Das Bundesamt für Statistik (BFS) hat – als zentrale Statistikstelle des Bundes – die Aufgabe, statistische Informationen breiten Benutzerkreisen zur Verfügung zu stellen.

Die Verbreitung der statistischen Information geschieht gegliedert nach Fachbereichen (vgl. Umschlagseite 2) und mit verschiedenen Mitteln:

Diffusionsmittel	*Kontakt*
Medienmitteilungen zur raschen Information der Öffentlichkeit über die neusten Ergebnisse	031 323 60 50
Publikationen zur vertieften Information (zum Teil auch als Diskette)	031 323 60 60
Online-Datenbank	031 323 60 86
Individuelle Auskünfte	031 323 60 11

Nähere Angaben zu den verschiedenen Diffusionsmitteln liefert das jährlich nachgeführte **Publikationsverzeichnis.** Es kann gratis bezogen werden über 031 323 60 60.

Hinweis auf Publikationen



- **Das BFS kurz erklärt:** Stellt das BFS, seine Aufgaben, seine Abteilungen und Sektionen mit ihren Tätigkeitsgebieten vor (gratis).
- **Taschenstatistik der Schweiz:** Eine Zusammenstellung der wichtigsten statistischen Daten zur Schweiz und einige internationale Vergleiche. 32 Seiten (in 5 Sprachen erhältlich, gratis).

Mit der vorliegenden Broschüre sollen das Bundesstatistikgesetz wie auch die auf ihm basierenden Verordnungen dem Benutzer erläutert und somit leichter zugänglich gemacht werden. Das Bundesstatistikgesetz bildet für die Statistik des Bundes eine zeitgemässe Rechtsbasis, welche zunächst ermöglicht, die veralteten und verzettelten Rechtsgrundlagen der Bundesstatistik aufzuheben. In den Verordnungen wird die Neuorganisation der Bundesstatistik konkretisiert, mit dem Ziel, eine übersichtliche und einheitliche Gestaltung ihrer Aufgaben zu bewirken. Ebenso kann damit eine verbesserte Transparenz, namentlich im Bereich der Erhebungen und der Gebühren für Dienstleistungen der Bundesstatistik, erreicht werden.

Bestellnummer:
157-0

Bestellungen:
☏ 031 323 60 60

Preis:
Fr. 7.–

ISBN 3-303-00119-7